



Institut für Politikwissenschaft

Dr. Uwe Hunger

Menderes Candan M.A.

**Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik
Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg**

Expertise

im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Münster, Oktober 2009

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Kommunale Partizipationsformen	9
2.1 Kollektive Partizipationsformen (Koordinierungskreise und Ausländerbeiräte)...	9
2.2 Individuelle Partizipationsformen (Kommunales Ausländerwahlrecht).....	15
3. Überregionale und bundesweite Partizipationsformen	18
3.1 Individuelle Partizipationsformen (Einbürgerung und Wahlrecht, Wahlverhalten und politische Einstellungen).....	18
3.2 Kollektive Partizipationsformen (die politische Rolle von Verbänden und Verei- nen).....	24
4. Neue Aspekte der Forschung zur politischen Partizipation von Migranten	31
4.1 Politische Partizipation über die deutschen Grenzen hinweg	31
4.2 Online-Partizipation	37
5. Fazit.....	39
ANHANG	
Literaturverzeichnis.....	45
Hinweise zu den Autoren	63

1. Einleitung

Ziel der vorliegenden Expertise ist, einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zur politischen Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg zu geben. Dabei soll insbesondere dargestellt werden, welche (kollektiven und individuellen) Partizipationsformen auf kommunaler, überregionaler und Bundesebene vom politischen System der Bundesrepublik Deutschland für Migranten offen stehen und wie sie von ihnen genutzt werden. Der Bericht geht hauptsächlich auf die zentralen Inhalte der akademischen Diskussionen um die politische Partizipation von Migranten in Deutschland ein. Auf Fragen der Methoden, des Forschungsdesigns usw. wird in diesem Bericht auch eingegangen, allerdings nicht primär. Auch die Forschungslücken werden vor allem in Bezug auf wenig untersuchte Fragestellungen und weniger auf die methodischen oder methodologischen Schwächen identifiziert.

Bei der Literaturrecherche wurde disziplinübergreifend gesucht. Im Mittelpunkt standen sozialwissenschaftliche Arbeiten, vor allem aus der Politikwissenschaft und der Soziologie. Es wurden aber auch zahlreiche pädagogische und rechtswissenschaftliche Arbeiten in der Expertise berücksichtigt. Bei der Suche wurden gezielt ausgewählte Wortkombinationen (sog. Suchstrings) in Bibliotheksdatenbanken (z.B. Opac), Onlinesuchmaschinen (z.B. „Google“), E-Dissertationsdatenbanken einzelner Universitäten (z.B. BASE-Bielefeld), Aufsatzdatenbanken (z.B. „Jade“) und elektronischen Zeitschriften (vor allem der Soziologie und Politikwissenschaft) eingegeben. Die Wortkombinationen setzten sich mehrheitlich aus Komposita von Migrant(en), Ausländer, politische Partizipation, Deutschland etc. zusammen.¹ Im Anschluss daran wurden die Arbeiten auf ihre Relevanz für das Thema überprüft. Darüber hinaus basierte die Literaturrecherche auf einer Auswertung der Bibliographien der gefundenen Arbeiten. Die Kriterien für die Auswahl der Arbeiten für die vorliegende Literaturrecherche waren ein eindeutiger Bezug des Inhalts der Arbeiten zum Thema der Expertise, also der politischen Partizipation von Migranten in Deutschland.

¹ Ein Beispiel für ein verwendetes Suchstring lautet: Migranten-Deutschland-Politische Partizipation.

Dabei wurde eine Definition von politischer Partizipation von Max Kaase zugrunde gelegt, nach der politische Partizipation all „jene Verhaltensweisen von Bürgern [umfasst] [...], die sie alleine [individuell] oder mit anderen [kollektiv] freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“ (Kaase 2003: 495). Die politische Aktivität kann sich dabei auf verschiedene Ebene des politischen Systems beziehen (Gemeinde, Land, Bund). Sie muss aber immer mit dem Ziel ausgeübt werden, Entscheidungen im politischen System mittelbar oder unmittelbar zu beeinflussen. Dieser Begriff von politischer Partizipation geht also weiter als eine rein auf den Wahlakt und begleitende Wahlkampfaktivitäten beschränkte Tätigkeit. Sie reicht vielmehr von der Institutionalisierung und Ausweitung des freien und gleichen Wahlrechts über Parteimitgliedschaft, Demonstrationsrecht bis hin zur jüngsten Erweiterung politischer Partizipationsmöglichkeiten im Cyberspace. Insgesamt wurden auf dieser Basis mehr als 200 Arbeiten gefunden, die unter der oben angegebenen Suchmethode für die vorliegende Expertise als relevant eingestuft wurden. Uns ist bewusst, dass damit noch immer nicht alle Arbeiten zu diesem Forschungsthema erfassen werden konnten. Trotzdem glauben wir, dass die Expertise einen soliden Überblick über den aktuellen Forschungsstand liefert und verlässliche Aussagen über ihre Erkenntnisse, aber auch Lücken erlaubt.

Die Forschungsarbeiten werden nachfolgend in Bezug auf die verschiedenen Ebenen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland dargestellt, und zwar getrennt nach kollektiven und individuellen Beteiligungsformen. In der Bundesrepublik Deutschland konzentrierte sich die Forschung ab den 1960er Jahren, verstärkt aber vor allem in den 1980er Jahren, auf die politische Partizipationsmöglichkeiten von Migranten auf kommunaler Ebene. Hierbei wurde zunächst die Einführung und Ausweitung von sog. Koordinierungskreisen und Ausländerbeiräten in den Kommunen diskutiert. Diese Gremien sollten die Kommunen in Fragen beraten, die direkt die Belange ausländischer Bürger betrafen. In den Koordinierungskreisen, „in denen mit Ausländerfragen befasste Stellen und Organisationen (Verwaltung, Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Tarifparteien und Kirchen) mit örtlichen Ausländergruppen“ (Breer 1982) zusammenkamen, um die damaligen „Betreuungsmaßnahmen“ für ausländische Arbeitnehmer auf lokaler Ebene abzustimmen, waren nur vereinzelt Ausländer vertreten. Später wurden mit den Ausländerbeiräten gewählte Vertretungen in den Kommunen installiert, die die spezifischen Interessen von Migranten in

den kommunalen Willensbildungsprozess einbringen sollten. Damit sollte die Gruppe der Migranten zumindest durch eine beratende Stimme auf politische Entscheidungen in der Kommune Einfluss nehmen. Die Forschung ist sich weitgehend einig, dass dieses Instrument nur bedingt die politische Beteiligung von Migranten an kommunalen Entscheidungsprozessen fördert. Daher wurde verstärkt ab Ende der 1980er Jahre auch über eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer diskutiert. Im Mittelpunkt stand hierbei die Diskussion um die Ausweitung des Kommunalwahlrechts für EU-Ausländer. Diese Diskussion hat die wissenschaftliche Debatte insbesondere in den 1980er Jahren und Anfang der 1990er Jahre dominiert. Die Forschungsarbeiten zu diesen kollektiven (Ausländerbeiräte, Koordinierungskreise) und individuellen (Ausweitung des kommunalen Wahlrechts) Partizipationsformen für Migranten auf kommunaler Ebene werden in Kapitel 2 dieser Expertise dargestellt.

Der Darstellung der Partizipationsformen auf kommunaler Ebene folgt eine Diskussion der Forschungsarbeiten, die sich auf die politische Partizipation von Migranten auf überregionaler und bundesweiter Ebene beziehen. Hierbei wird zunächst auf individuelle Partizipationsformen vor allem bei Wahlen und das Wahlrecht eingegangen. Der Diskussion um eine Ausweitung des Wahlrechts für Ausländer auf kommunaler Ebene folgte eine Debatte um die Ausweitung des Wahlrechts für Ausländer auch auf Landes- und Bundesebene (vgl. etwa Thränhardt 1985). Dies wurde aber vor allem von juristischen Arbeiten, welche die Ausweitung des Wahlrechts auf Nicht-Staatsbürger aus verfassungsrechtlicher Perspektive thematisierten, abgelehnt. Tenor der Arbeiten war, dass das Wahlrecht für Ausländer mit dem Grundgesetz und mit der Mehrzahl der deutschen Länderverfassungen unvereinbar sei. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte diese Einschätzung in seinem Urteil über das eingeführte Kommunalwahlrecht in Hamburg und in Schleswig Holstein am 31. Oktober 1990.² Da aber viele Arbeiten aus demokratietheoretischer und staatsphilosophischer Perspektive weiterhin ein demokratisches Defizit beklagten,³ das sich aus der fehlenden Beteiligung von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland ergab, konzent-

2 Ein weiterer Forschungsstrang betraf die Unterscheidung von EU-Bürgern und Nicht EU-Bürgern. Im Rahmen des Maastrichter Vertrages wurde EU-Bürgern 1992 das Wahlrecht auf kommunaler Ebene eingeräumt. 1997 fanden in Hessen die ersten Kommunalwahlen unter Beteiligung von EU-Ausländern statt.

3 Viele der Arbeiten forderten z.B. das Wahlrecht bei einer bestimmten Aufenthaltsdauer (vgl. Shajanian 2001).

rierte sich die wissenschaftliche Diskussion schnell auf die Frage der Erleichterung der Einbürgerung, um damit eine Beteiligung von Migranten an Wahlen zu ermöglichen und damit die individuelle Partizipation von Migranten am politischen Prozess zu verbessern. Hierbei wurde immer wieder eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts angeregt, die seit 1998 schrittweise in die Tat umgesetzt wird. In diesem Zuge geriet auch das Wahlverhalten von Migranten bzw. Neubürgern in den Fokus wissenschaftlicher Studien (vgl. Wüst 2002). Hier wurden z.B. auch die politischen Einstellungen einzelner Migrantengruppen untersucht. In diesem Zusammenhang wurde z.B. herausgearbeitet, welche Bedeutung die Sozialstruktur, der Einkommensstand oder der Bildungsgrad für die politische Partizipation von Migranten hat und welche Rolle sie für die Bildung von politischen Einstellungen und Orientierungen spielen. Untersucht wird in diesem Zusammenhang auch, ob die Staatsangehörigkeit einen Einfluss auf die politische Orientierung und die politische Einstellung von Migranten hat.

Daneben wurde untersucht, wie Migranten versuchen, im Kollektiv auf den Willensbildungsprozess auf Landes- und Bundesebene Einfluss zu nehmen. Hierbei nehmen sog. Migrantenselbstorganisationen, also von Migranten gegründete Vereine bzw. Verbände, eine besondere Rolle ein. Bei der Partizipation in Vereinen handelt es sich eigentlich um die ursprünglichste Form der politischen Partizipation, die vor allem in der Entstehung der Demokratien in Europa im 18. und 19. Jahrhundert eine große Rolle gespielt hat (Habermas 1990). Vereine werden aus diesem Grund noch heute als Keimzellen oder „Basiselemente der Demokratie“ (Zimmer 1996) bezeichnet. Für die politische Partizipation von Migranten spielen sie bis heute eine besondere Rolle. Diese Migrantenvereine, die sich in der Anfangsphase oftmals als Arbeitervereine und Treffpunkte (z.B. Teestuben) konstituiert hatten, die sich um die Alltagsorgen von Migranten kümmerten und vom politischen System kaum wahrgenommen wurden, haben einen tief greifenden Strukturwandlungsprozess durchlaufen und können heute als fester Bestandteil des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden. Sie übernehmen mehr und mehr die Funktion von Interessensverbänden für Migranten und treten in einen Dialog mit der Aufnahmegesellschaft (z.B. mit der Bundesregierung im neu gegründeten sog. Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland).

Neben den Beteiligungsformen von Migranten auf kommunaler (Kapitel 2) und überregionalen bzw. bundesweiter Ebene (Kapitel 3) werden im Kapitel 4 neue Aspekte der Forschung zur politischen Partizipation von Migranten dargestellt. Hierbei handelt es sich vor allem um die politische Partizipation von Migranten über die deutschen Grenzen hinweg. Hier werden insbesondere Forschungsarbeiten besprochen, die sich stärker mit der politischen Partizipation von Migranten in Bezug auf ihr Herkunftsland auseinandersetzen. Dies ist an sich kein neues Phänomen, da in der Forschung zu Migrantenselbstorganisationen immer wieder beschrieben wurde, dass sich das politische Interesse und damit auch die politische Partizipation von Migranten und Migrantenselbstorganisationen oftmals nicht auf das Aufnahmeland, sondern viel stärker auf das Herkunftsland bezieht, da die Migranten – oftmals über Generationen hinweg – vielfältige kulturelle, familiäre und soziale Verbindungen zu ihren Ursprungsländern pflegen (Martini 2001).⁴ Seit Anfang der 2000er Jahre wird hierin aber mehr und mehr eine neue Qualität der politischen Partizipation vermutet und vor allem Migrantenselbstorganisationen mehr und mehr als wichtige Akteure im internationalen politischen System gesehen (vgl. Faist 2000 oder Pries 2005). Hierbei wird oft der Begriff der politischen Partizipation im „transnationalen Raum“ verwendet. Transnational heißt dabei, dass die Partizipation weitgehend unabhängig nationalstaatlicher Grenzen stattfindet. Hierbei unterhalten Individuen und Organisationen zur selben Zeit in verschiedenen Staaten Netzwerke (vgl. Martini 2001). Dabei wird untersucht, welchen Einfluss diese transnationalen politischen Aktivitäten von Migranten sowohl auf das Aufnahmeland als auch auf das Herkunftsland haben. Eine besondere Rolle spielt das Internet, das es Migranten leicht macht, sich mit dem Heimatland zu vernetzen und ihnen damit auch neue Optionen der politischen Partizipation eröffnet. Dies gilt im Übrigen auch für die Artikulation ihrer politischen Forderungen im Aufnahmeland (vgl. Kissau/Hunger 2009 e). Allerdings gibt es bisher sehr wenige Forschungsarbeiten zu diesem Thema.

4 Dies wurde in der deutschen Migrationsforschung von Beginn an kritisch gesehen und schnell zu einer Kernfrage der Integration in Deutschland erhoben. So wurde z.B. die Frage nach dem Einfluss der Migrantenselbstorganisationen auf die politische Orientierung und das Wahlverhalten der Migranten in Deutschland stets diskutiert. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund zu verstehen, dass viele Organisationen und Parteien aus den Herkunftsländern Niederlassungen in Deutschland (oft Satellitenorganisationen genannt) gegründet haben. In den 1990er Jahre wurde dies z.B. als Grund für einen wachsenden Fundamentalismus (religiös wie politisch) unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland gesehen (vgl. etwa Heitmeyer u.a. 1997).

Am Ende der Expertise wird ein Fazit gezogen. Ein Hauptergebnis ist dabei, dass fast in allen Studien von einem Defizit der politischen Partizipation von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland ausgegangen wird. Dies wird damit begründet, dass in Deutschland eine große Zahl von Migranten bis heute nicht die Staatsangehörigkeit besitzt und damit also von wichtigen Bereichen der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen ist, insbesondere von den Wahlen, die das Kernelement politischer Partizipation einer funktionierenden Demokratie seit dem 19. Jahrhundert darstellen.⁵ Hierdurch wird die Legitimität demokratischer Entscheidungen geschwächt und kann zu einer wachsenden Unzufriedenheit der vom Prozess Ausgeschlossenen führen, gerade wenn sie von politischen Entscheidungen direkt betroffen sind (vgl. Schulte 2009). Langfristig kann dies die Stabilität eines politischen Systems gefährden.⁶ Dieser Zustand wird in der Migrations- und Demokratieforschung als „Demokratiedefizit“ beschrieben.

5 Ausländer können auch von anderen Teilen des politischen Willensbildungsprozesses ausgeschlossen werden. So kann z.B. das Demonstrations- und Versammlungsrecht eingeschränkt werden. Von Ausländern gegründete Vereine unterstehen einem Meldezwang und können leichter aufgelöst werden als „deutsche“ Vereine. Andere Länder haben auf dieses „Demokratiedefizit“ insofern reagiert, als dass sie z.B. ein kommunales Wahlrecht für Ausländer eingeführt haben (z.B. skandinavische Länder) oder die Einbürgerung für Ausländer erleichtert haben (USA, Frankreich).

6 Historisch gesehen wurden aus diesem Grund die politischen Teilhaberechte, vor allem das Wahlrecht, auf immer weitere Bevölkerungsgruppen erweitert, wie z.B. Arbeiter und Frauen.

2. Kommunale Partizipationsformen

2.1 Kollektive Partizipationsformen (Koordinierungskreise und Ausländerbeiräte)

Das Thema der politischen Einbindung von Migranten auf kommunaler Ebene wurde in der Forschung verstärkt ab der Mitte der 1970er Jahre und Anfang der 1980er Jahre thematisiert. Zunächst wurden sog. Ombudsmänner für Ausländerfragen und sog. Koordinierungskreise damit beauftragt, sich um die politischen Belange der Migranten in den Kommunen zu kümmern. Die Rolle des Ombudsmannes bestand darin, den Migranten Unterstützung in Fragen des täglichen Lebens zu geben und sie gegenüber der Verwaltung politisch zu vertreten. Die Koordinierungskreise setzten sich aus Vertretern von gesellschaftlichen Organisationen (Kirchen, Verbände, Parteien, Gewerkschaften) und Einrichtungen in der Kommune (Stadtverwaltung, Arbeitsamt) zusammen. Die Mitglieder der Koordinierungskreise wurden von den jeweiligen Institutionen ernannt. Die Koordinierungskreise arbeiteten mit Vertretern von Migrantenorganisationen auf kommunaler Ebene zusammen (vgl. hierzu etwa Zapf 1978, Breer 1982, Schmid-Eckardt 1983, Hoffmann 1986).⁷

Ab Mitte der 1980er Jahre wurden die Koordinierungskreise teilweise durch Ausländerbeiräte ersetzt. Die Einrichtung der Ausländerbeiräte war eine Reaktion auf die längerfristige Ansiedlung der ausländischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sollten die soziale, politische und rechtliche Integration der Ausländer in der Kommune begleiten, indem sie sich mit allen Fragen in der Kommune auseinandersetzten, die die Belange der ausländischen Bevölkerung betrafen. Damit sollten die in Deutschland lebenden Migranten Einfluss auf den Entscheidungsprozess in der Kommune bekommen. Wahlberechtigt (aktiv und passiv) waren in der Regel alle Ausländer, die schon mehr als drei Monate in einer Kommune leben, sowie eingebürgerte Migranten. Die Ausländerbeiräte können als eine erste Form der politischen Beteiligung von Migranten auf kommunaler Ebene betrachtet werden. Jedoch hatten die Ausländerbeiräte lediglich eine beratende Funktion. Ein Mitentscheidungsrecht besaßen die Ausländerbeiräte in der Regel nicht. Lediglich in eini-

7 Siehe dazu auch Schmid-Eckardt 1985, Even 1985, Hoffmann 1987, 1997 und 1998.

gen Kommunen bestand ein Rederecht für die Vorsitzenden der Ausländerbeiräte (vgl. Enders 2004).

In der Forschung galten Ausländerbeiräte lange Zeit als zentrale Instanz der politischen Partizipation der Migranten in Deutschland (vgl. Hoffmann/Even 1985a, Hoffmann 1989 sowie Kilicgedik 2001).⁸ Damit sollte die Wahrnehmung der Migranten als eine eigenständige Gruppe in der bundesdeutschen Gesellschaft gefördert und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht werden (vgl. hierzu etwa Wichmann 1989 und Wagner 2000). Den Migranten wurden Ressourcen zur Verfügung gestellt, wie z.B. Räumlichkeiten und finanzielle Mittel. Durch die Zusammenarbeit der Mitglieder der Ausländerbeiräte mit den politischen Parteien und den Mitgliedern des Rats wurden viele Migranten an den politischen Prozess in der Bundesrepublik Deutschland herangeführt (vgl. u.a. Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte NRW 1998 sowie Landesausländerbeirat Hessen 2002).

Die Forschung über die politische Partizipation von Migranten hat sich lange Zeit auf die beschriebenen Koordinierungskreise und Ausländerbeiräte konzentriert. Die Einrichtung von Ausländerbeiräten auf lokaler Ebene wurde dabei als ein erster positiver Schritt hin zur vollen politischen Partizipation von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland verstanden. Doch gleichzeitig wurde schon früh von der Forschung in Frage gestellt, ob die Ausländerbeiräte tatsächlich eine Antwort auf die Forderungen der Migranten im Hinblick auf die volle politische Partizipation in Deutschland sein können bzw. ob die Ausländerbeiräte wirklich ein Mittel der politischen Partizipation sind. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen wurde und wird bis heute bemängelt, dass die Beiräte nur ein Beratungsrecht und kein Stimmrecht haben (vgl. Even 1985, Emmel 1991 und Ottersbach 2005).⁹ Dies wird als ein Indiz dafür verstanden, dass die Migranten eigentlich von Entscheidungen in der Kommunalverwaltung ausgeschlossen werden. Hier wurde oftmals auf andere EU-Staaten verwiesen, wo die Vertretungen der Migranten auf kommunaler Ebene über deutlich mehr Kompetenzen und mehr Ressourcen verfügen (insbesondere in den skandinavischen Ländern und in den Niederlanden). Dadurch sind sie besser in die kommunalen politischen Strukturen integriert und werden stärker als Partner wahrgenommen (vgl. Sen/Jahn

8 Siehe auch Apel 1991, FOKUS 1994 und Deutscher Städtetag 1997.

9 Siehe auch Lubinski 1994, Hoffmann 2002, Kabis 2002 sowie Plackert 2004.

1985, Thränhardt 1985, Koopmans 2004). In Fragen der Mitentscheidungskompetenzen, Einbezug in Planungsprozesse, Stärkung der Wahrnehmung könne man von diesen Ländern lernen bzw. von ihrer Erfahrung profitieren. Die fehlende Mitentscheidungskompetenz wird auch als Grund dafür gesehen, dass die Ausländerbeiräte über eine geringe Akzeptanz unter den Migranten selbst verfügen und von der Kommunalverwaltung wenig eingebunden werden. Hoffmann zeigte z.B. in einer Studie aus dem Jahr 1986, dass die Ausländerbeiräte von den politischen Entscheidungsträgern in den Kommunen wenig ernst genommen wurden und nur eine „Alibifunktion“ hätten, eine Alibifunktion in dem Sinne, dass zwar pro forma Ausländer an dem Entscheidungsprozess teilnehmen würden, faktisch ihre Meinung aber kaum eine Rolle spiele.

Auch die geringe Wahlbeteiligung und der intransparente Wahlvorgang zu den Ausländerbeiräten werden in vielen Forschungsarbeiten heftig kritisiert (vgl. Wichmann 1989, Lubinski 1994, Shajanian 2001 und Ottersbach 2003). In einigen Kommunen liegt die Wahlbeteiligung unter 20 Prozent – und das über Jahrzehnte hinweg. Als Gründe für die geringe Wahlbeteiligung werden auch hier die mangelnde Legitimität der Ausländerbeiräte und ihre geringen Einflussmöglichkeiten genannt. Hinzu kommt, dass die Verankerung der Beiräte im Bewusstsein der Migranten gering ist. Hinzu kommen Sprachbarrieren und Kompetenzdefizite bei den Mitgliedern der Beiräte. So zeigte die Studie von Hoffmann (1986), die auf Meinungsumfragen und Experteninterviews beruhte, dass die Mitglieder der Beiräte kaum über professionelle politische Erfahrung verfügten und kaum personelle Netzwerke zu den etablierten Parteien und Fraktionen auf kommunaler Ebene hatten. Kritisiert wurde auch, dass die Kandidaten über zu geringe Ressourcen verfügten, um z.B. effektive Wahlkämpfe zu den Ausländerbeiräten zu führen.¹⁰

Als eine der wichtigsten Maßnahmen zur Erhöhung der Effektivität der Ausländerbeiräte wird daher oftmals die Stärkung der Ressourcen der Beiräte genannt. Dies fordert etwa die Studie der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nord-

¹⁰ Als ein weiterer Grund für die geringe Wahlbeteiligung der Migranten an den Ausländerbeiratswahlen wird das insgesamt geringe Interesse der EU-Bürger an den Ausländerbeiratswahlen erwähnt. Diese verfügen seit Mitte der 1990er Jahre über das Kommunalwahlrecht, auf das im nächsten Kapitel eingegangen wird. Demzufolge nehmen weniger EU-Bürger an den Ausländerbeiratswahlen teil bzw. hat ihre Wahlbeteiligung abgenommen (vgl. Shajanian 2001).

rhein-Westfalen (1998).¹¹ Die Studie betont zwar einerseits die wichtige Rolle von Ausländerbeiräten bei der Beratung der Kommunen, insbesondere bei Fragen, die Migranten betreffen. Allerdings sagten die befragten Ausländerbeiräte selbst, dass sie über zu wenige Ressourcen verfügten, um sich öffentlichkeitswirksam in die Arbeit der Kommunalverwaltungen einzubringen. Dabei zeige die von der LAGA durchgeführte Umfrage, dass wenn sich die Mitglieder der Ausländerbeiräte, vor allem die Vorsitzenden der Ausländerbeiräte, für die Belange der Migranten einsetzen, sie auch in die Arbeit der Kommunen beratend eingebunden würden. Die Forderung nach mehr Einfluss und einer besseren Ressourcenausstattung wird mit der Forderung nach landesweiten Zusammenschlüssen von Ausländerbeiräten verbunden. Durch die Schaffung landesweiter Vertretungen der Ausländerbeiräte würden die politischen Forderungen der Migranten besser gebündelt und ihre Interessen besser vertreten werden können. Ausländerbeiräte sollten dadurch besser eine „Sprachrohrfunktion“ für Migranten ausüben können (vgl. auch Gün 1994, Keltok 2002 und 2006 sowie Obberbecke 2002).¹²

Diesen Forderungen ist man ab Mitte der 1990er Jahre teilweise nachgekommen, indem man zumindest in einigen Bundesländern landesweite Vertretungen von Ausländerbeiräten gegründet hat (z.B. die LAGA in NRW und Hessen). Diese Landesvertretungen verfügen tatsächlich über größere Ressourcen und professionellere Strukturen. Die Mitgliedschaften bei diesen überregionalen Vertretungen sind freiwillig. Der Großteil der Ausländerbeiräte ist aber Mitglied der jeweiligen Landesvertretung (vgl. Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen 1998). Bisher wurde jedoch wenig Forschung über die tatsächliche Arbeit und die Akzeptanz der landesweiten Vertretungen der Ausländerbeiräte betrieben.

11 In dieser Studie wurden alle 140 Ausländerbeiräte in NRW schriftlich befragt (es wurden die jeweiligen Vorsitzenden angeschrieben – sowohl LAGA Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder). Die Fragen drehten sich um die Organisation und Arbeitsweise sowie die bisherigen Arbeitsschwerpunkte der Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen. Durchgeführt wurden die Befragungen durch die Forschungsgruppe FOKUS. Auf der Basis der schriftlichen Erhebungen wurde eine qualitative Untersuchung in vier ausgewählten kreisfreien und kreisangehörigen Städten durch einen LAGA-Referenten durchgeführt. Dabei wurden Intensivgespräche mit Beiratsmitgliedern, Ratsmitgliedern, Mitarbeitern der Verwaltung, Journalisten und anderen wichtigen Multiplikatoren durchgeführt, um ein „möglichst differenziertes Bild über Funktion, Stellenwert und mögliche Probleme der jeweiligen Ausländerbeiräte zu erhalten.“

12 Weitere Arbeiten dazu sind auch FOKUS 1994 und Öner 1994.

Seit den 2000er Jahren wurden viele Ausländerbeiräte zudem in sog. Integrationsräte umgestaltet. Diese Integrationsräte verfügen nun auch über einige Entscheidungskompetenzen. So darf beispielweise der Integrationsrat in Siegen Finanzfragen der Kommune mitentscheiden und ist auch in anderen Bereichen deutlich stärker in die Kommunalverwaltung eingebunden als früher (vgl. etwa Baringhorst 2005 und Ditsch 2005, Kelttek 2006). In diesem Zusammenhang wird auch beschrieben, wie Ausländerbeiräte versuchen auf integrationspolitische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, etwa durch die Durchführung von Einbürgerungs- und Bildungskampagnen (vgl. Ditsch 2005). Auch der Einsatz der Beiräte für die sozialen Belange der Migranten wird mehr und mehr gewürdigt. So zeigt die Studie von Enders (2005), dass Migranten durch die Arbeit der Ausländerbeiräte einen besseren Zugang zu Ressourcen in der Kommune (z.B. Sozialwohnungen) erhalten. Auch wird aufgezeigt, wie durch die Arbeit der Ausländerbeiräte der interkulturelle Austausch und das friedliche Zusammenleben in der Kommune gefördert wird (z.B. durch die Ausrichtung von Stadtfesten).

Auch im Hinblick auf das Wahlverfahren werden neuerdings positive Effekte stärker herausgestellt. So wird von der Forschung vermehrt beobachtet, dass beim Aufstellen der Listen für die Ausländerbeiratswahlen politische Parteien ihnen politisch nahe stehende Migranten aufstellen, womit die Integration der Kandidaten mit Migrationshintergrund in die politischen Parteien gefördert wird. Shajanian (2001) hat dies z.B. am Fall der hessischen Kommunalwahlen 1997 untersucht. Hierzu führte sie eine telefonische Befragung mit 32 Kandidaten mit Migrationshintergrund durch.¹³ Dabei wurden die Befragten zu ihrem Wahlkampf bei den hessischen Kommunalwahlen befragt. Die Integration in die Parteien bewerteten die meisten Kandidaten als positiv. Nur wenige beklagten sich über eine geringe Akzeptanz durch Parteifreunde. Insgesamt war die Zahl der Kandidaten mit einem Migrationshintergrund in Frankfurt am Main, Gießen und Darmstadt, gemessen an der Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund in den drei Städten, allerdings gering. Zudem lag die Wahlbeteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund (EU-Ausländer durften

13 Die Interviewten stammen alle aus Frankfurt am Main, Darmstadt und Gießen. Von den insgesamt angetretenen 32 Kandidaten mit Migrationshintergrund wurden neun in den Frankfurter Stadtrat (der Frankfurter Stadtrat hat insgesamt 93 Sitze), ein Kandidat in den Darmstädter Stadtrat (insgesamt 66 Sitze) und ein Kandidat in den Gießener Stadtrat (insgesamt 54 Sitze) gewählt. Die Befragten haben auch in ihren Muttersprachen Wahlkampf betrieben. Im Wahlkampf wurden Familienmitglieder, Freunde und Verwandte eingesetzt, die die Kandidaten unterstützt haben.

zum ersten Mal mitwählen) deutlich unter der der Menschen ohne Migrationshintergrund.

Die Ausländerbeiräte werden damit zum Teil als eine wichtige Stufe auf der politischen Karriereleiter für Politiker mit Migrationshintergrund gesehen. Durch die Arbeit in den Beiräten und durch den Kontakt zu Kommunalvertretungen und Parteien können die Mitglieder der Beiräte politische Fertigkeiten erwerben, die dann für Karrieren in politischen Parteien bedeutend sind (vgl. hierzu etwa Gün 1994 sowie Müller 2007).¹⁴ Bisher gibt es aber nur wenige Studien, die sich mit dieser Frage auseinandersetzen und das Potential der Beiräte für die Rekrutierung und die Förderung von politischem Nachwuchs für die Parteien untersuchen. Zudem wurde bisher kaum untersucht, inwieweit die gewählten Vertreter in den Stadträten und die Mitglieder der Beiräte tatsächlich zusammenarbeiten und ob sich hieraus Karrierewege gerade für Nachwuchspolitiker mit Migrationshintergrund ergeben. Auch der Einfluss der Migrantenselbstorganisationen auf die Beiräte (Wahlen, Arbeit) wurde in der Forschung nur wenig untersucht (Ausnahmen stellen Breitenbach 1986 und Fijalkowski 2004 dar). Inwieweit nehmen Migrantenselbstorganisationen Einfluss auf die Kandidatenaufstellung für die Beiratswahlen? Welchen Einfluss haben sie auf die Meinungsbildung der Wähler? Hat dies Einfluss auf die Arbeit der Beiräte, politische Entscheidungen in der Kommune zu beeinflussen? All diese Fragen sind bisher noch kaum untersucht worden.

Im Hinblick auf die angewendeten Methoden ist zu beobachten, dass die Studien zur politischen Einflussnahme durch die Ausländerbeiräte und -vertretungen in der Regel als Einzelfallstudien auf kommunaler Ebene konzipiert werden. Dabei konzentrieren sich die meisten Studien auf einige wenige Bundesländer (z.B. NRW, Berlin, Hessen, Bremen). Landes- oder bundesweite Untersuchungen bzw. Untersuchungen, die auf Generalisierungen der einzelnen Ergebnisse der Fallstudien abzielen, gibt es kaum. Bei den Einzelfallstudien handelt es sich meist um qualitative Studien, die in Form von Interviews mit Funktionsträgern in den Ausländerbeiräten und Kommunen (Expertenbefragungen) durchgeführt wurden. Zusätzlich sind in der Forschung über Koordinierungskreise und Ausländerbeiräte juristische Analysen der Kommunalverfassungen und der geltenden Rechtssprechung weit verbreitet. Viel seltener sind

14 Siehe auch Kersting 1997, Kabis 2002 sowie Winkel 2007.

quantitative Studien zur kommunalen Wahlbeteiligung vorzufinden (vgl. Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen 1998, vgl. hierzu auch das folgende Unterkapitel). Hinzuzufügen ist, dass bisher wenige vergleichende Studien existieren. Die Arbeit von Berger und Koopmans (Vergleich Amsterdam und Berlin) bildet hier eine Ausnahme (vgl. Berger/Koopmans 2004, worauf weiter unten noch näher eingegangen wird).

Zum Schluss muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass das Interesse der Forschung an den Beiräten in den letzten Jahren etwas nachgelassen hat. Gründe hierfür sind einerseits die nicht vorhandenen bzw. (bei den Integrationsräten) die geringen Mitentscheidungskompetenzen und andererseits die Tatsache, dass mit dem Maastrichter Vertrag von 1992 festgelegt wurde, dass Bürger der EU-Mitgliedsstaaten aktiv und passiv an den Kommunalwahlen ihres Aufenthaltslandes in der EU teilnehmen dürfen. Seitdem hat auch das Interesse der EU-Bürger an den Beiratswahlen und an der Arbeit der Beiräte weiter nachgelassen.

2.2 Individuelle Partizipationsformen (Kommunales Ausländerwahlrecht)

Neben der Diskussion um Ausländerbeiräte gab es schon früh Diskussionen darüber, ob sich die Partizipation von Migranten an kommunalpolitischen Entscheidungen auch durch eine Ausweitung des Kommunalwahlrechts auf Ausländer erreichen ließe. Das Kommunalwahlrecht für Ausländer wurde in den Studien deswegen sehr stark thematisiert, weil, ähnlich wie beim Thema der Ausländerbeiräte, die Kommune als zentraler Ort der politischen Partizipation von Migranten angesehen wurde. Viele politische Entscheidungen, die Migranten betreffen, würden in den Kommunen gefällt (vgl. Thränhardt 1985, Bammel 1986, Bücking 1992, Decker/Ayanoglu 1998). Also forderten auch viele Wissenschaftler, dass Migranten, die mittlerweile einen wichtigen Bevölkerungsteil vieler Kommunen ausmachten, durch das Kommunalwahlrecht Mitentscheidungsrechte in Fragen der Kommunalpolitik bekommen sollten. Diese Aussage trug der Erkenntnis (der politischen Ökonomie) Rechnung, dass politische Entscheidungsträger und die Institutionen in der Kommune die Migranten und ihre Belange nur wahrnehmen würden, wenn sie auch einen Einfluss auf den Wahlausgang haben (z.B. Thränhardt 1985). Demzufolge wurde das Kommunalwahlrecht als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer vollen politischen Parti-

zipation von Migranten gesehen. Dem Kommunalwahlrecht für Ausländer sollte das Wahlrecht auf Landes- und dann auf Bundesebene folgen (vgl. Thränhardt 1985). Diese Vorschläge wurden lange Zeit kontrovers in der Forschung diskutiert (vgl. etwa Behrend 1973, Becker 1980, Dill 1999, Cyrus 2005 und 2008, Cyrus/Vogel 2007 sowie Böcker/Thränhardt 2003¹⁵).

Die Entscheidung des Maastrichter Vertrages von 1992, EU-Bürgern in ihren Aufenthaltsländern in der EU das Kommunalwahlrecht zu gewähren, fachte die Debatte weiter an. In der Bundesrepublik Deutschland durften EU-Ausländer im Jahr 1994 zum ersten Mal aktiv und passiv an Kommunalwahlen teilnehmen. Da Migranten aus Drittstaaten (z.B. der Türkei) aber weiterhin davon ausgeschlossen bleiben, sprechen viele Forscher weiterhin von einem „Demokratiedefizit“ in Deutschland, was den politischen Einbezug von Migranten betrifft (vgl. etwa Leutheuser-Schnarrenberger 2001, Meyer 2001 sowie Haug 2003). Es wird kritisiert, dass ein Großteil der Migranten, der nicht die Staatsangehörigkeit Deutschlands oder eines anderen EU-Staates besitzt, aber schon in der zweiten oder dritten Generation in der Bundesrepublik Deutschland lebt (und ein wichtiger Steuerzahler ist), nach wie vor weitgehend von der politischen Partizipation ausgeschlossen bleibt. Dies kritisiert z.B. Schulte (2009) als Missachtung des „Menschenrechts“ auf politische Partizipation und Mitentscheidung im Aufenthaltsland. Er argumentiert, dass nach Art. 21 Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte eigentlich *jedem* Menschen das Recht garantiert werden müsste, aktiv, in direkter oder indirekter Form, an der politischen Willensbildung seines Landes teilzunehmen und politische Entscheidungen zu beeinflussen. Demnach sollten auch länger im Land lebende Migranten, die nicht die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes besitzen, gleichberechtigt in die demokratischen Willensbildungsprozesse einbezogen werden. Auch wenn dies verfassungstechnisch zulässig sei, ist es jedoch unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten als Ausschluss und Entmündigung zu klassifizieren. Das Dilemma könne nur gelöst werden, wenn das Kommunalwahlrecht nicht von der Staatszugehörigkeit zu einem EU-Staat, sondern von der Aufenthaltsdauer in Deutschland abhängig gemacht würde. Zudem plädiert Schulte, den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu er-

15 Siehe auch Sasse 1974, Kevenhörster 1976, Rittstieg 1981, Sievering/Dzink 1981, Thränhardt 1981, Breer 1982, Keskien/Küster 1984, Hoffmann 1985, Hoffmann/Even 1985, Birkenheier 1986, Niedermeyer-Kraus 1985, Sieveking 1989, Bücking 1992, Weigl 1992, Borley 1999 und Assemenios 2001.

leichtern und die doppelte Staatsangehörigkeit flexibler als bisher zu gestalten. Nur so können politische Gleichstellung und volle politische Partizipationsmöglichkeiten von Migranten ermöglicht werden.

In der Literatur wird ferner kritisiert, dass die Diskriminierung von EU- und Nicht-EU-Bürgern bei der Vergabe des Kommunalwahlrechts zu Problemen zwischen den Migranten selbst führen kann. So kann die unterschiedliche Behandlung der Migranten zu Unzufriedenheit und teilweise auch zu einer Abkehr von der Politik in Deutschland und Hinwendung zum Heimatland führen (vgl. Sen/Karakasoglu 1996, Assemenios 2001 und Kasdanatassi 2001, Roderich 2009). Dies sei insofern problematisch, als dass das Interesse an der Kommunalpolitik unter den ausgeschlossenen Gruppen eigentlich höher ist als bei EU-Bürgern (vgl. Weidacher 2000 und Keskin 2005). Diese Annahme bestätigten Studien, die sich mit dem Wahlverhalten und der Wahlbeteiligung von EU-Ausländern an den deutschen Kommunalwahlen beschäftigt haben. So kommt z.B. eine Studie zu Kommunalwahlen in Hessen (vgl. Shajanian 2001) zu dem Ergebnis, dass die Beteiligung der EU-Bürger an den Kommunalwahlen äußerst schwach ist. Zudem wird konstatiert, dass die Parteien nur wenige Kandidaten mit Migrationshintergrund auf ihren Wahllisten aufgestellt haben und auch insgesamt wenige Migranten in die Stadträte gewählt werden. Dies wird damit erklärt, dass die EU-Bürger, wie bereits erwähnt, eher wenig Interesse an der Kommunalpolitik zeigen. Hierfür wird eine Vielzahl von Gründen angeführt. So wird z.B. argumentiert, dass Sprachprobleme dafür verantwortlich seien (vgl. Shajanian 2001). Die Ausweitung des Kommunalwahlrechts auf alle Migranten ist daher nach wie vor ein wichtiges Thema der Forschung (vgl. Hoffmann 1992, Grüll 1993, Reißlandt 2007 sowie Hadeed 2005¹⁶).¹⁷

16 Siehe auch Heckmann 1997, Decker/Ayanoglu 1998, Haug 2003, Plümper 2003, Wiedemann 2006.

17 In der Forschung wurde zudem debattiert, wie Parteien und Gewerkschaften zum Wahlrecht für Ausländer stehen. Hierbei konnte beobachtet werden, dass die Gewerkschaften und Parteien links der Mitte Interesse haben, dass das Wahlrecht für Migranten eingeführt wird, jedoch wird gesagt, dass dies auf der Diskussionsebene bleibt und bisher nicht energisch eingefordert wurde. Die Diskussion über die Vergabe des Kommunalwahlrechts an alle in Deutschland lebenden Migranten (geknüpft an Bedingungen wie z.B. bestimmte Aufenthaltsdauer in Deutschland) flammt bis heute in regelmäßigen Abständen immer wieder auf.

3. Überregionale und bundesweite Partizipationsformen

3.1 Individuelle Partizipationsformen (Einbürgerung und Wahlrecht, Wahlverhalten und politische Einstellungen)

Von der Diskussion über die kommunale Wahlbeteiligung ausgehend setzte sich in der Forschung die Erkenntnis durch, dass die volle politische Partizipation nur über die Erlangung der vollen Staatsbürgerrechte erfolgen kann. Einbürgerung kann als der Königsweg zur vollwertigen politischen Partizipation von Migranten angesehen werden. Durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahre 2000 wurde ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan, indem die Aufenthaltsdauer für die Beantragung der Einbürgerung von 15 Jahren auf acht Jahre verkürzt und das Abstammungsprinzip um das Geburtsprinzip erweitert wurde. Damit ist die Politik den (vehementen) Forderungen der Forschung nachgekommen. Deutschland schließt damit zu anderen europäischen Ländern auf, die schon früher ihre Einbürgerungsregeln liberalisiert hatten (z.B. die skandinavischen Länder) und Migranten damit schon sehr viel früher Mitscheidungsrechte in der Politik gegeben hatten (vgl. Sen/Jahn 1985, Bammel 1986, D'Amato 2001 sowie Bauer 2007). Es wurde von der Forschung schon früh betont, dass durch die Einbürgerung nicht nur das einfache Abstimmungsrecht vergeben wird, sondern, wie oben schon einmal angesprochen, sich das Kalkül der politischen Handelnden gegenüber Migranten verändert (vgl. z.B. Thränhardt 1985). Migranten werden durch die Einbürgerung zu Wählern, die dann von den Parteien und anderen politischen Institutionen ernst genommen werden müssen, weil sie nun über ein Mittel (Stimmen) verfügen, politische Entscheidungen oder Äußerungen zu sanktionieren (etwa durch die Vergabe der Stimme für eine andere Partei). Mit der Zunahme an Einbürgerungen können Migranten immer weniger von den Parteien ignoriert werden (vgl. hierzu Cinar 1997, Davy 1999, Storz/Wilmes 2005 und 2009, Wunderlich 2005, Wüst 2000 und 2003, Assimenios/Shajanian 2001, Tietze 2008¹⁸).¹⁹

18 Weitere Arbeiten sind Da Fonseca 2006a und 2006b, Büttner/Meyer 2001, Dornis 2002, Garcia 2004, Klinger 2001, Thränhardt 1998 und 2008.

19 Shajanian (2001) betont in ihrer Studie einen weiteren positiven Effekt der Einbürgerung auf die politische Partizipation von Migranten. Die Verleihung der Staatsangehörigkeit führe zu einer stärkeren Identifikation der Migranten mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland. In der Einbürgerung sieht sie daher ein zentrales Mittel für eine höhere Politikbeteiligung von Migranten.

Mit steigenden Einbürgerungszahlen ist in der Forschung auch das Interesse am Wahlverhalten eingebürgerter Migranten gewachsen. Bemerkenswert ist, dass die Wahlforschung zu Migranten mittlerweile in den Mainstream der deutschen Wahlforschung Eingang gefunden hat. Eine Pionierfunktion hatte hier die Arbeit von Andreas Wüst (2002) zur Frage „Wie wählen Neubürger in Deutschland?“. Die Studie basiert auf in ganz Deutschland durchgeführten Telefoninterviews mit Neubürgern und insbesondere auf einer Face-to-Face-Befragung in Heidelberg. Dabei wurde deutlich, dass der Migrationshintergrund eine große Rolle bei der Erklärung des Wahlverhaltens von Neubürgern spielt. So konnte eine deutliche Polarisierung der Parteipräferenz von verschiedenen Migrantengruppen festgestellt werden. Während die Mehrheit der Eingebürgerten aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Polen und Rumänien sich rechts der Mitte des Parteiensystems einordnet (Rumäniendeutsche noch stärker als die anderen beiden Gruppen), bevorzugt die Mehrheit der türkischstämmigen Eingebürgerten eher Parteien, die links der Mitte angesiedelt sind. Nach Ansicht von Wüst spiegelt dies zum einen die gängigen *policies* der Parteien wider: Die CDU fördere die Aussiedler und die SPD eine bessere Integration der ausländischen Arbeitnehmer. Das unterschiedliche Wahlverhalten kann zum anderen aber auch an religiösen Konfliktlinien, sogenannte *cleavages*, in der Gesellschaft festgemacht werden. Demnach ist bei Wählern mit Migrationshintergrund die Konfession ein langfristig wirksamer Faktor, was die Ablehnung muslimischer Wähler gegenüber der CDU/CSU erklären würde. Deutlich wurde auch, dass die Wahlbeteiligung unter eingebürgerten Migranten etwas unter der gebürtiger Deutscher liegt. Mit steigendem Integrationsgrad nimmt der Einfluss des Migrationshintergrundes auf die politischen Einstellungen allerdings deutlich ab, ohne ganz zu verschwinden. Je weiter die Einbürgerung zurückliegt, desto geringer ist der direkte Einfluss auf die Wahlentscheidung. Mit höherem Integrationsgrad treten auch die direkten Einflüsse des Migrationshintergrundes auf parteipolitische Einstellungen der Neubürger mit Migrationshintergrund zurück.²⁰

20 Interessant ist auch, dass die Grünen ihre Wählerschaft vor allem unter jungen und hoch gebildeten Eingebürgerten rekrutieren. Türkischstämmige Eingebürgerte und Rumäniendeutsche sind im Vergleich zu den Russlanddeutschen politisch interessierter und aktiver. Das Interesse an „Luxusthemen“ post-industrieller Gesellschaften, wie zum Beispiel Umweltschutz, fehlt bei der Mehrheit der Eingebürgerten. In Bezug auf die verschiedenen Politikbeteiligungen lässt sich erkennen, dass konfrontative Partizipationsformen von allen Eingebürgerten eher abgelehnt werden. Eingebürgerte aus der ehemaligen Sowjetunion äußern sich zudem seltener zu ihren politischen Einstellungen als türkischstämmige Eingebürgerte, die auch häufiger von demonstrativen Partizipationsformen Gebrauch machen. Alle Gruppen haben auch sogenannte „Tabuzonen“. Demnach halten sich Aus-

Im Zuge dieser Forschungen ist seit Mitte der 2000er Jahre auch die Karrieren von Politikern mit Migrationshintergrund in den Fokus der Wissenschaft gerückt. So untersucht eine Studie von Wüst/Dominic (2009) die politische Repräsentation von Migranten in den deutschen Parlamenten. Hierfür wird eine Analyse der Abgeordneten im Hinblick auf ihre Migrationsgeschichte durchgeführt (in Form einer Befragung und Analyse der Lebensläufe). Das Ergebnis verdeutlicht, dass die Zahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund auf allen politischen Ebenen in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist. Besonders stark war der Zuwachs bei den Parteien links der Mitte (SPD, Grüne und Die Linke). Bei den konservativen bzw. bürgerlichen Parteien ist dagegen die Zahl von Mandatsträgern mit Migrationshintergrund noch gering. In Bezug auf die Arbeitsschwerpunkte ließ sich feststellen, dass sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund verstärkt migrationspolitischen Themen widmen. Gleiches gilt aber auch für Abgeordnete ohne Migrationshintergrund, die aus Wahlkreisen mit hohen Migrantenanteilen stammen. Die Autoren gehen davon aus, dass die Bedeutung von Migranten für die Politik in Zukunft weiter zunehmen wird und Migranten auch innerhalb der Parteien immer mehr an Bedeutung gewinnen werden. Die steigende Anzahl der Eingebürgerten macht Migranten zu einer Wählerschicht, um deren Gunst die Parteien sich in Zukunft stärker bemühen werden bzw. müssen (vgl. Wüst/Dominic 2009, auch Da Fonseca 2006a und 2006b, Cyrus/Vogel 2007).

Ähnlich gelagert wie die Wahlforschung sind ebenfalls neuere Untersuchungen zu den politischen Einstellungen und Orientierungen von Migranten. Die zentralen Fragestellungen der Studien in diesem Bereich lauten: Was bedingt das politische Interesse von Migranten? Wie bilden sich politische Einstellungen heraus? Nehmen Menschen mit Migrationshintergrund weniger am politischen Willensbildungsprozess teil als Menschen ohne Migrationshintergrund? Und falls dies der Fall ist, warum? Für die Beantwortung dieser Fragen werden verstärkt quantitative Untersuchungsverfahren, z.B. anhand von Befragungen von verschiedenen Gruppen, durchgeführt (vgl. hierzu etwa Weidacher 2000, Heß-Meining 2000, Halm/Sauer 2007

siedler von Parteien links der SPD fern und türkischstämmige Eingebürgerte lehnen Parteien rechts von der CDU ab.

sowie Sökefeld 2008²¹). Dabei bilden Bevölkerungsgruppen ohne Migrationshintergrund zumeist die Kontrollgruppe (vgl. hierzu Weidacher 2000, Heß-Meining 2000 sowie Haug/Diehl 2005).

Im Zentrum der meisten Studien, die sich mit den politischen Einstellungen der Migranten befassen, stehen Jugendliche mit Migrationshintergrund (vgl. z.B. Schmidt 2000, Glatzer/Krätschmer-Hahn 2004, Meng 2004 und Haug/Diehl 2005²²). Dabei wird untersucht, inwiefern der Migrationshintergrund entscheidend für politisches Interesse und Partizipationsbereitschaft ist. Es wird allgemein festgestellt, dass sowohl der soziale Hintergrund als auch der Bildungshintergrund für die Art und den Grad der politischen Partizipation von Jugendlichen bedeutsam sind. Hierfür ist die Studie von Weidacher et al. (2000) über die politische Partizipation von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund einschlägig. Hierbei wird u.a. deutlich, dass unterschiedliche Migrantengruppen ein unterschiedliches Muster der politischen Partizipation und des politischen Interesses zeigen. So zeigen Migranten aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union tendenziell weniger Interesse an politischen Themen in Deutschland als sog. Drittstaatler. Dieser Befund hatte sich schon bei den Analysen zum Kommunalwahlrecht für Ausländer gezeigt.

Bei den Untersuchungen wurde insbesondere deutlich, dass die Sozialisationserfahrungen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine große Rolle bei der Entwicklung ihrer politischen Einstellungen und Interessen sowie ihrer Bereitschaft zur politischen Partizipation in der Aufnahmegesellschaft spielen. So lebt ein Großteil der Jugendlichen unter sozial schwierigeren Verhältnissen und entwickelt dementsprechend ein geringeres Bewusstsein für politische Zusammenhänge, als dies bei gleichaltrigen deutschen Jugendlichen der Fall ist. Diese Unterschiede zwischen den politischen Orientierungen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund lösen sich aber bei Betrachtung sozioökonomischer Hintergrundvariablen, wie zum Beispiel dem Einkommen der Eltern und deren Bildungsgrad, weitgehend auf. Jugendliche aus Arbeiterfamilien, in denen die Eltern über eine geringe Bildung verfügten, hätten generell ungünstigere Voraussetzungen für die Entwicklung eines ausgeprägten politischen Bewusstseins als Kinder von Eltern mit einem hohen Bil-

21 Siehe auch Schlumm 1984, Ergi 1999, Schmidt 2000, Mies-van Engelshoven 2001, Goldberg/Halm/Sen 2004, Dünzelmann 2005, Gestring/Janssen/Polat 2006, Mannitz 2006.

22 Siehe auch Weidacher 2000, Mies-van Engelshoven 2001, Schiffauer 2002 sowie Mannitz 2006

dungsgrad. Auch spielten Sprachkenntnisse für die politische Partizipation und die politische Bildung eine entscheidende Rolle. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die über eine höhere Bildung (mittlere Reife und höher) verfügen, gebe es aber kaum Unterschiede zu den politischen Einstellungen, Interessen und der Bereitschaft zur politischen Partizipation von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund mit einem ähnlichen Bildungshintergrund. Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist sowohl auf Seiten der Jugendlichen mit Migrationshintergrund als auch der ohne Migrationshintergrund eher gering. Dies behindere eine politische Partizipation beider Gruppen in ähnlichem Maße. Unterschiede gibt es aber zwischen den verschiedenen Zuwanderungsgruppen. So haben Jugendliche aus Mitgliedsländern der Europäischen Union im Vergleich zu Jugendlichen mit türkischen Wurzeln ein geringeres Interesse an politischer Partizipation und Wahlen (zum Beispiel Kommunalwahlen). Zudem sind sie nicht in gleichem Maße an der Staatsangehörigkeit interessiert, wie dies bei den türkischen Jugendlichen der Fall ist. Erklärt wird dies mit dem unterschiedlichen Rechtsstatus beider Gruppen. Die Tatsache, dass mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht seit 2000 ein Großteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund einen rechtlichen Zugang zu den politischen Entscheidungsmechanismen in Deutschland bekommen hat, bewerten die Autoren als positives Signal für die politische Partizipation von jugendlichen Migranten in Deutschland.

In weiteren Studien wird auch auf die Unterschiede in der politischen Partizipation und den politischen Einstellungen von verschiedenen Zuwanderungsgenerationen und Altersgruppen eingegangen (vgl. z.B. Schmidt 2000, Heß-Meining 2000, Jonker 1999). Eines der Ergebnisse ist, dass sich die verschiedenen Gruppen deutlich in ihren politischen Einstellungen und Orientierungen unterscheiden. Während sowohl die älteren Generationen und Angehörige der ersten Zuwanderergeneration, die also noch selbst zugewandert sind, sich noch stärker auf das Herkunftsland beziehen, richtet sich das politische Interesse und Engagement der jüngeren Generation eher auf Deutschland (vgl. Weidacher 2000, Schmidt 2000 sowie Meng 2004).

Insgesamt ist damit eine deutliche Veränderung in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der politischen Partizipation von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen. Während in der Anfangszeit vor allem juristische Arbeiten, die die Vereinbarkeit der Vergabe des Wahlrechts an Migranten ohne deutsche

Staatsangehörigkeit mit dem Grundgesetz und einzelner Landesverfassungen untersuchen, geht es heute viel mehr um pragmatische Wahlforschung, bei der Eingebürgerte eine Gruppe unter vielen anderen Wählergruppen darstellen. Dies kann als Zeichen der Normalisierung der Migrationsbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden. Dominierten früher Arbeiten mit demokratietheoretischen und staatsphilosophischen Ansätzen, die immer wieder die Problematik des viel zitierten „Demokratiedefizits“ anmahnten, so setzt sich mit dem Beginn der Untersuchung des Wahlverhaltens der Migranten (vgl. z.B. Wüst) auch eine stärker quantitative Ausrichtung bei der Untersuchung der politischen Partizipation von Migranten durch. Im Mittelpunkt stehen klassische Befragungsmethoden (hier vor allem von Neuwählern). Hinzu kommen qualitative Begleitinterviews vor allem von Mandatsträgern mit Migrationshintergrund (vgl. Wüst/Dominic 2009). Trotz dieses Bedeutungszuwachses werden Daten zum Wahlverhalten der Migranten noch nicht ausreichend standardgemäß erfasst (z.B. politische Präferenzen von verschiedenen Migrantengruppen, etwa unterschiedliche Migrantengruppen aus Afrika). Das bestehende Analysepotential der verschiedenen Datensätze (SOEP, MARPLAN-Untersuchungen, Eurobarometer) im Hinblick auf die politische Partizipation scheint auch noch nicht ausgeschöpft zu sein (vgl. hierzu Hunger 2001). So gibt es bis heute nur relativ wenige Studien zum Wahlverhalten und der Parteipräferenz von Migranten.

Der Mangel an Forschung kann insbesondere für das Themengebiet der politischen Einstellungen und Orientierungen von Migranten festgestellt werden. So sind sicherlich die wichtigen Studien zur politischen Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund positiv hervorzuheben. Dennoch wurden sehr wenige Studien zu politischen Einstellungen von anderen Gruppen, wie zum Beispiel Frauen und Senioren mit Migrationshintergrund, durchgeführt. Hier wäre es interessant, größere und regelmäßige Studien durchzuführen, um ein besseres Verständnis darüber zu gewinnen, welche Faktoren die Formierung von politischen Einstellungen und den Grad der politischen Partizipation von verschiedenen Migrantengruppen beeinflussen.

3.2 Kollektive Partizipationsformen (die politische Rolle von Verbänden und Vereinen)

Im politischen System der Bundesrepublik Deutschland nehmen Parteien eine herausgehobene Stellung ein. Man könnte daher annehmen, dass die kollektive Partizipation von Migranten insbesondere in Bezug auf Parteien in Deutschland diskutiert und von der Forschung betrachtet worden wäre. Interessanterweise werden die Rolle von Parteien für die politische Partizipation von Migranten und der Umgang der Parteien mit den Migranten relativ selten thematisiert oder zum Gegenstand einer eingehenden Analyse gemacht. So existieren bisher kaum Arbeiten zu den einzelnen Gremien und Arbeitsgruppen innerhalb der Parteien, die sich mit dem Thema ‚Migration und Integration‘ auseinandersetzen (z.B. das Deutsch-Türkische Forum in der CDU oder die AG „Grüne Muslime“). Auch Fragen nach den Bedingungen und Konsequenzen für bzw. aus einer Gründung einer eigenen Migrantenpartei, wie es sie in anderen Ländern gibt und auch in der Bundesrepublik Deutschland schon gab, wurde kaum gestellt. Dies ist erstaunlich, da ja gerade Parteien einen so dominierenden Stellenwert innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland einnehmen und die Neugründung einer Migrantenpartei einen großen Einfluss auf das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland haben könnte (vgl. hierzu Hunger 2004).

Statt dessen dominieren Arbeiten, welche die Rolle von Migrantenselbstorganisationen, für die politische Beteiligung von Migranten untersuchen. Einige Autoren gehen davon aus (z.B. Kasdanastassi 2001), dass sich viele Migrantenselbstorganisationen gebildet haben, die sich um Einfluss auf politische Entscheidungen bemüht haben, weil sie von anderen, „regulären“, politischen Entscheidungsprozessen in der Bundesrepublik Deutschland, etwa bei Wahlen, ausgeschlossen waren. Migranten hätten sich daher schon früh in Selbstorganisationen und Vereinen organisiert, um sich politisch zu engagieren und auch Forderungen gegenüber dem Aufnahmeland geltend zu machen. Als Paradebeispiel hierfür gelten die Elternvereine von spanischen Migranten, die sich seit den 1970er Jahren intensiv für eine Veränderung in der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt haben. Konkret haben sie sich erfolgreich für die Abschaffung einer separaten Beschulung von in- und ausländischen Kindern in deutschen Schulen eingesetzt (vgl. Riesgo 1999). Der Erfolg spani-

scher Schüler im deutschen Schulsystem wird vor allem auf die bildungspolitischen Aktivitäten der Elternvereine zurückgeführt. Migrantenselbstorganisationen werden daher häufig als politische Sprachrohre ihrer Gruppen angesehen. Sie sind zumeist nach nationalen oder ethnischen Zugehörigkeiten gruppiert und ihnen wird die Aufgabe zugeschrieben, die Interessen ihrer Mitglieder zu bündeln und sich für deren Durchsetzung einzusetzen. Migrantenselbstorganisationen fungieren dabei einerseits als Bindeglied zu den Institutionen des Aufnahmelandes, aber andererseits auch als Bindeglied zum Herkunftsland (vgl. hierzu Breitenbach 1986, Fijalkowski/Gillmeister 1997, Fijalkowski 1997, 2001, 2004, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2008²³).

Gerade der Herkunftsbezug von Migrantenselbstorganisationen wurde allerdings in der Forschung häufig kritisch angesehen. So wurde beobachtet, dass die Herkunftsländer gewichtigen Einfluss auf die politische Ausrichtung von Migrantenselbstorganisationen ausübten. Teilweise wurden Migrantenselbstorganisationen als „Ableger“ von politischen Vereinen und Gruppierungen aus den Herkunftsländern gegründet. Insbesondere der politische Einfluss von religiösen Organisationen aus der Türkei auf die in Deutschland gegründeten Vereine wurde als sehr groß eingestuft (vgl. etwa Hoffmann/Opperskalski/Solmaz 1981, Breitenbach 1986). Zudem konnte aufgezeigt werden, dass sich viele türkische Organisationen in Deutschland entlang der Konfliktlinien im Heimatland gebildet haben. Das Spektrum reichte von extrem rechten (zum Beispiel Graue Wölfe) bis zu extrem linken Vereinen (zum Beispiel kommunistische Gruppierungen). Aber auch ethnische (zum Beispiel kurdische) und religiöse (zum Beispiel allevitische und sunnitische) Migrantenselbstorganisationen wurden entlang der Spannungslinien im Herkunftsland gegründet (vgl. wiederum Hoffmann/Opperskalski/Somaz 1981, Breitenbach 1986, Cetinkaya 2000 oder auch Fijalkowski 2001). Einige Studien stellten fest, dass die politischen Verhältnisse im Heimatland sich im politischen Handeln der Migranten in Deutschland widerspiegelten. So hing das Abstimmungsverhalten von Migranten in Deutschland (zum Beispiel bei Ausländerbeiratswahlen) von ihren Zugehörigkeiten zu den politischen Gruppierungen im Herkunftsland ab (vgl. Breitenbach 1986). Dies führte dazu, dass die Konflikte aus dem Heimatland nach Deutschland übertragen wurden (Thränhardt/Sezer

23 Siehe auch Assimenios 2001a und 2001 b, Hunger 2002, Circis/Dimitriou 2003, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz 2008.

1983). Dies betraf nicht nur Migranten aus der Türkei (Rechte versus Linke, Kurdenkonflikt), sondern auch andere Gruppen (etwa im Zusammenhang des Jugoslawienkonflikts).

Verschiedene Studien haben gezeigt (Breitenbach 1986, Oestergaard-Nielsen 2000a und 2000b, 2001, 2003, 2005, Argun 2003²⁴), dass Migranten in Deutschland vor allem durch die Konflikte in ihrem Herkunftsland politisiert wurden und sich somit auch stärker für die Politik in ihren Herkunftsländern interessierten. Dies wurde als ein Hindernis für die Integration in Deutschland angesehen. Migrantenselbstorganisationen galten daher in den Augen vieler politikwissenschaftlicher Arbeiten lange Zeit als Exilorganisationen, die Politik gegen oder für die Regierungen in den Herkunftsländern machten.

Soziologische Arbeiten stellten dagegen die eher unpolitische Funktion von Migrantenselbstorganisationen als Treffpunkte und Zusammenschlüsse, die sich um die sozialen und kulturellen Probleme der damaligen „Gastarbeiter“ kümmerten, in den Vordergrund. Nach der Theorie der „Binnenintegration“ (Elwert 1982) diene diese Art von Migrantenselbstorganisation als Schutzraum, in dem sich Migranten emanzipieren konnten und damit auch die Voraussetzungen für eine politische Partizipation in der Aufnahmegesellschaft geschaffen wurden. Wie das Beispiel der spanischen Elternvereine zeigt, können diese Vereinigungen tatsächlich erst einmal dafür sorgen, dass sich Migranten darüber klar werden, welche Interessen sie gegenüber dem Aufnahmeland verfolgen und wie sie diese am effektivsten durchsetzen können (vgl. Schlumm 1984, Riesgo 1999). Migrantenselbstorganisationen agieren damit tatsächlich als eine Art Mittler zwischen Migranten und politischen Institutionen des Aufnahmelandes (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland 2009, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2008, Integration durch Partizipation 2008). Hierüber üben Migranten Einfluss auf politische Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland aus (vgl. etwa Thränhardt/Hunger 2000, Sopart 2000, Hadeed 2001, 2005, Gaitanides 2003, Pallares/Zitzelsberger 2006, Hunger 2004 sowie Leinberger 2006²⁵).

24 Vgl. auch Koopmans/Berger 2004.

25 Siehe auch Sen/Jahn 1985, Fijalkowski 1997, 2001, 2004, Siebert 2002, Reißlandt 2003, Jungk 2000, 2001, Pallares/Zitzelsberger 2006 a, 2006 b, Hunger 2006.

Gegenwärtig beobachtet die Forschung, dass aus nicht in erster Linie politischen Vereinen, die oftmals eine rein kulturelle oder religiöse Ausrichtung hatten, im Laufe der Jahrzehnte durchsetzungsfähige Verbände entstanden sind, die zunehmend als politische Akteure auftreten und als solche wahrgenommen werden (vgl. etwa Özcan 1992, Lemmen 1998, 1999, Schmidt 2004, Simsek 2001, Ammann 2001, Jansen/Polat 2006²⁶). Sie bündeln die Interessen von Migranten mittlerweile in bundesweiten Zusammenschlüssen, die dann auf Bundesebene versuchen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Dazu sind zum Beispiel die Türkische Gemeinde in Deutschland oder die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände (BA-GIV) zu zählen. Diese Zusammenschlüsse werden zunehmend als politische Akteure wahrgenommen und in Dialogrunden (zum Beispiel Islamkonferenz der Bundesregierung) in die politischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland eingebunden. Hierbei handelt es sich um neue korporatistische Dialogformen zwischen Staat und (Migranten-)Gesellschaft, die verstärkt seit den 2000er Jahren ins Leben gerufen wurden und den politischen Bedeutungszuwachs von Migrantenselbstorganisationen widerspiegeln. Vor diesem Hintergrund erscheint die alte Entgegensetzung von integrationsfreundlichen und integrationsfeindlichen Migrantenselbstorganisationen überwunden zu sein. Die Forschung geht heute verstärkt der Frage nach, wie die Einbindung von Migrantenselbstorganisationen in den politischen Prozess am besten gestaltet werden kann.²⁷

Je mehr Migrantenselbstorganisationen als wichtige Akteure im politischen Prozess wahrgenommen wurden, desto mehr rückte auch das Thema der Effektivität und der Professionalität von Migrantenselbstorganisationen in den Wissenschaftsfokus. In diesem Zusammenhang geriet insbesondere die organisatorische Struktur und Ressourcenausstattung von Migrantenselbstorganisationen in den Blick. So könnte nach Meinung vieler Autoren (Sen/Jahn 1985, Bommers 1992, Assimenios 1999, Kabis 2002, Hadeed 2005, Kolat 2003 sowie Jung-Sook 2009) die Einflussnahme von Migrantenselbstorganisationen auf die Institutionen der Aufnahmegesellschaft bzw. den öffentlichen Meinungsbildungsprozess wesentlich größer sein, wenn ihre Strukturen deutlich professionalisiert und effektiver gestaltet würden. Dies würde es den

26 Vgl. auch Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 1999, Thränhardt/Dieregsweiler 1999, Jungk 2000, 2001 und 2002, Hunger 2004, Berger/Koopmans 2004, Projekt Komm-in 2008.

27 Vgl. hierzu auch ein aktuelles Projekt an der Universität Münster zur Islamkonferenz der Bundesregierung unter www.politik-und-religion.de

Migrantenselbstorganisationen ermöglichen, stärker von der inländischen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden und ihre Forderungen gegenüber der Aufnahmegesellschaft effektiver durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wird auch die Bedeutung einer lokalen, regionalen und bundesweiten Vernetzung von Migrantenselbstorganisationen mit politischen Parteien, Vereinen und Verbänden der Aufnahmegesellschaft hingewiesen (vgl. Sen/Hayrettin 1999, Hadeed 2005). In diesem Zusammenhang wird auch häufig eine (staatliche) Förderung von Migrantenselbstorganisationen diskutiert.

Auch den Führungskräften in den Migrantenselbstorganisationen wird in der Forschung eine große Bedeutung zugeschrieben, insbesondere im Hinblick auf die Frage, welche politische Ausrichtung die Vereine wählen (vgl. hierzu Unbehaun 1997, Tanriverdi 2007, Steller/Wilka 2008). So beschäftigt sich z.B. die Studie von Unbehaun (1997) mit der Rolle von „Ethnic Leaders“ in türkischen Migrantenselbstorganisationen. Dabei wird konkret untersucht, welchen Einfluss die internen politischen Auseinandersetzungen der türkischen Migrantenorganisationen auf ihre politische Teilhabe in Deutschland haben (untersucht am Fallbeispiel der Ausländerbeiratswahlen in Bamberg im Jahre 1994). Methodisch wird eine Untersuchung der historischen Entwicklungslinien und Entwicklungsgründe der türkischen Vereine, wie zum Beispiel der Sport-, Religions- und Politikvereine, in Bamberg durchgeführt. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die politischen und religiösen Auseinandersetzungen in der Türkei lange auch das Handeln und die politische Agenda der türkischen Selbstorganisationen in Bamberg bestimmt haben. Dies wurde vor allem von Vorsitzenden der Vereine (die sogenannten „Ethnic Leaders“) gefördert, während hoch gebildete und intellektuelle Mitglieder das Thema „Integration in die deutsche Aufnahmegesellschaft“ für zentral hielten. Diese sog. „Peripheral Leaders“ verfügten über bessere Kontakte in die Aufnahmegesellschaft. Aufgrund ihrer sprachlichen Kenntnisse und ihrer Bildung verfügten sie auch über größere Kompetenzen im Umgang mit Institutionen der Aufnahmegesellschaft. Die Studie kommt auch zu dem Ergebnis, dass eine neue Generation von „Ethnic Leaders“ in den türkischen Gemeinden Bambergs entsteht, die sich nicht mehr durch die religiösen oder ethnischen Unterschiede in der Türkei definiert, sondern durch eine „türkische“ oder „islamische“ Identität in Deutschland. Dabei wird das gemeinsame „Migrantendasein“ in den Vordergrund gestellt (vgl. auch Karakasoglu-Aydin 1996, Cetinkaya 2000, Am-

mann 2001, Hadeed 2001 sowie Lehmann 2001). Allerdings gibt es über diese Fallstudie hinaus bisher wenige Studien zur Rolle der sog. „Ethnic Leader“ in den Migrantenselbstorganisationen.²⁸

Ein deutliches Forschungsdesiderat besteht auch in der Frage der Offenheit deutscher Vereine und Organisationen gegenüber Migranten. Interessant wäre es z.B. zu untersuchen, inwieweit die deutschen Vereine sich auf die Wünsche und Vorstellungen von Migranten einstellen und ihre Interessen berücksichtigen. In zahlreichen Studien wird erwähnt, dass gerade die Fähigkeiten von Migrantenselbstorganisationen, auf die spezifischen Wünsche der Migranten einzugehen, ihnen einen hohen Zulauf bescherten würden (vgl. Özcan 1992, Esser/Urban/Diehl 1998, Jungk 2002). Könnte dies auch „deutschen“ Vereinen gelingen? Es müsste auch noch stärker untersucht werden, wie die finanzielle Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen wirkt (z.B. durch Evaluationsstudien), ob Unterschiede zwischen staatlich geförderten und nicht geförderten Vereinen existieren und wie eine Förderung durch den Staat die Arbeit der Migrantenselbstorganisationen beeinflusst (z.B. im Hinblick auf die politische Ausrichtung oder hinsichtlich ihrer Professionalisierung). Auch ist der jüngste Bedeutungszuwachs der politischen Rolle von Migrantenverbänden (wie etwa die stärkere Zusammenarbeit auf Bundesebene im Kontext der Islamkonferenz) wissenschaftlich noch nicht ausreichend untersucht worden.

Bis heute existieren keine verlässlichen bundesweiten Daten zu Migrantenvereinen in Deutschland. Dabei hätte man durch das Archiv ausländischer Vereine im Bundesverwaltungsamt in Köln die Möglichkeit, eine vollständige Liste ausländischer Vereine in Deutschland zu pflegen, da jede Vereinsgründung von Ausländern in Deutschland beim Bundesverwaltungsamt gemeldet werden muss.²⁹ Würde diese Liste sorgfältig gepflegt, könnte man hierüber eine vollständige Urliste aller ausländischen Vereine erhalten, aus der dann regelmäßig eine Stichprobe für eine eingehende Befragung gezogen werden könnte. Hierüber könnte man ein Monitoring-system aufbauen, mit dessen Hilfe man dann die Struktur und Ausrichtung von

28 Die Studie von Unbehaun (1997) stellt eine Ausnahme dar.

29 Die Meldung erfolgt über die Amtsgerichte. Dabei muss jedes Mal auch die Vereinsatzung mitgeschickt werden. Über diese Informationen lassen sich zumindest das Gründungsjahr, der Vereinszweck sowie die Vorstandsmitglieder erkennen.

Migrantenselbstorganisationen in Deutschland besser einschätzen könnte.³⁰ Dies würde eine gute Ergänzung zu den bisher gängigen Forschungsarbeiten zu Migrantenselbstorganisationen in Deutschland darstellen, die zumeist auf Fallstudien zu einzelnen (größeren) Städten basieren, bei denen Interviews zur Rolle, Funktion und Arbeitsschwerpunkten der Migrantenselbstorganisationen mit den Vorständen und Mitgliedern durchgeführt werden.

30 Eine solche Auswertung wurde bisher nur einmal durchgeführt. Hierbei konnten deutliche Unterschiede bei der Ausrichtung einzelner Nationalitäten erkannt werden (vgl. hierzu Hunger 2004).

4. Neue Aspekte der Forschung zur politischen Partizipation von Migranten

4.1 Politische Partizipation über die deutschen Grenzen hinweg

Eine weitere Form der politischen Partizipation, die sich in den letzten Jahren immer stärker herauskristallisiert hat, ist die politische Partizipation, die nicht mehr nur bezogen auf einen Nationalstaat stattfindet, sondern Nationalstaaten übergreifend (auch transnational genannt). Migranten unterhalten dabei politische Verbindungen gleichzeitig zu mehreren Ländern und/oder ethnischen bzw. religiösen Gruppen in verschiedenen Ländern. Diese Verbindungen können sowohl von Individuen und Familien als auch von Organisationen hergestellt und gepflegt werden (vgl. Martini 2001, Faist 2000). Foner (2005) spricht in diesem Zusammenhang z.B. davon, dass sich sog. transnationale Sphären (auch transnationale soziale Räume genannt) bilden, in denen nationalstaatliche Grenzen nicht mehr beachtet werden bzw. für die Aktivitäten der Migranten zunehmend an Bedeutung verlieren. Dieser „Transnationalismus“ wird in einem engen Zusammenhang mit der Globalisierung der Weltwirtschaft, der zunehmenden Kommunikationsmöglichkeiten und der Reiseerleichterungen gesehen.

Das Phänomen der grenzüberschreitenden politischen Aktivitäten von Migranten ist nicht ganz neu, wurde jedoch in der deutschen Forschung zur Migration im Vergleich zum angelsächsischen Raum erst spät aufgegriffen. In der internationalen Forschung wird betont, dass die neuen transnational agierenden Migrantennetzwerke aufgrund ihrer starken internationalen Vernetzung eine wichtige Rolle in der internationalen Politik einnehmen (können). Ein Grund hierfür ist, dass die in den Netzwerken aktiven Migranten sowohl über Kenntnisse und Erfahrungen der politischen Kultur ihres Herkunftslandes als auch ihrer Aufnahmeländer verfügen und in ihre politische Arbeit einbringen. Dadurch kommt es zu einer Verschmelzung von politischen Kulturen, von der sowohl die Vereine als auch die Institutionen des Aufnahmelandes aber auch die des Herkunftslandes profitieren können. Gerade im angelsächsischen Raum gibt es hierzu eine Reihe von Arbeiten, die zeigen, wie transnational agierende Migrantenorganisationen z.B. bei Friedensprozessen in ihren Herkunftsländern eine entscheidende Rolle gespielt haben, indem sie ihr im Aufnahmeland gewonnenes

Know-how und ihre Kontakte genutzt haben (z.B. im Sudan oder in Uganda, vgl. hierzu Hunger 2009).

In Deutschland gibt es zu diesem Themenkomplex bisher nur wenige Forschungsarbeiten. Die Schwerpunkte der deutschen Partizipationsforschung lagen, wie schon deutlich wurde, über Jahrzehnte auf innenpolitischen Aspekten, insbesondere im Hinblick auf die Frage der Integration der Migranten in Deutschland. Ihre grenzüberschreitenden politischen Aktivitäten wurden aus dieser Perspektive eher als „integrationsunfreundlich“ interpretiert (vgl. Argun 2003). Erst seit Beginn der 2000er Jahre geraten auch „transnationale“ politische Aktivitäten von Migranten in den Fokus der deutschen Migrationsforschung. Allerdings werden hierbei eher Themen der Identitätsbildung, z.B. im Sinne der ethnischen Hybrididentität, die dann eine spezifische politische Orientierung bedingen, behandelt als konkrete politische Prozesse. Auch werden hierbei eher Probleme, die damit verbunden sind, thematisiert als Potenziale, die durch die transnationale politische Partizipation von Migranten entstehen (z.B. durch den Aufbau von wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den Herkunftsländern der Migranten). Interessant ist auch, dass dieser junge und dünne Forschungszweig stark von ausländischen Forschern in Deutschland beeinflusst wird (z.B. Ostergaard-Nielsen 1998, 2000a und Argun 2003).

Ehemals typische Fragen der deutschen Partizipationsforschung (z.B. zu welchen politischen Systemen sich die Migranten eher hingezogen fühlen, wohin sie eigentlich gehören, wo sie hauptsächlich politisch aktiv sind, wo die Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit liegen, welche Folgen das sowohl für ihr Herkunftsland als auch für ihr Aufnahmeland hat) scheinen bei der politischen Partizipation von Migranten in transnationalen Feldern nicht mehr so einfach zu beantworten zu sein. So betont die Transnationalismusforschung, dass sich die Migranten oftmals weder den politischen Systemen ihrer Aufnahmeländer noch ihrer Herkunftsländer vollständig zurechnen lassen (vgl. hierzu Ostergaard-Nielsen 1998, 2000a, sowie 2005, Atilgan 2002, Argun 2003, Amann 2001 und Emanuelsen 2005³¹). Sie entwickeln vielmehr zwischen ihren Aufnahme- und Herkunftsländern eine eigenständige Sphäre (vgl. Rieple 2000, Argun 2003 und Halm/Thränhardt 2009). Argun (2003), die die Sphäre der Migrantennetzwerke zwischen der Türkei und Deutschland untersucht hat,

31 Siehe auch Ostergaard-Nielsen 2000b, 2001, 2002, 2003a, 2003b.

kommt z.B. zu dem Schluss, dass zwischen der Türkei und Deutschland eine sog. Zwischensphäre existiert, die sie „Deutschkei“ nennt. Die Migranten entwickeln in diesen politischen Zwischensphären neue politische Einstellungen und „Identitäten“ (das Hauptinteresse der deutschen Arbeiten). Die Akteure dieser Zwischensphären kombinieren oftmals die politischen Stärken beider politischer Systeme und gewinnen damit neue Einflussmöglichkeiten. So können Migranten vor allem die Ressourcen (z.B. Medien) der Aufnahmeländer nutzen, um auf politische Probleme in ihren Herkunftsländern aufmerksam zu machen und politischen Einfluss auszuüben.³² So sorgen sie dafür, dass die innenpolitischen Themen ihres Herkunftslandes international Beachtung finden (vgl. auch Koopmans/Statham 2003, Ostergaard-Nielsen 2000, 2001 sowie 2005, Argun 20003, Berger/Koopmans 2004 und Kissau/Hunger 2009 e).³³

Das herkunftsorientierte politische Engagement der Migranten wird von der Transnationalismusforschung im Gegensatz zur traditionellen Integrationsforschung nicht mehr als ein „Nullsummenspiel“ (weder für die Aufnahmeländer noch für die Herkunftsländer) gesehen. Vielmehr wird in den Migrantenselbstorganisationen, die sich in transnationalen Sphären bewegen, oftmals eine Interessenvertretung der Migranten sowohl gegenüber dem Herkunftsland als auch gegenüber dem Aufnahmeland gesehen (vgl. hierzu Ostergaard-Nielsen 2001 und Potter/Wong 2007). Die finanziellen, politischen und diplomatischen Ressourcen, die sich aus den Bezügen zum Herkunfts- und Aufnahmeland ergeben, würden dazu genutzt, Lobbyarbeit in beiden Ländern zu machen (vgl. etwa Amann 2001, Atilgan 2002, Koopmans 2004 sowie Emanuelsen 2005). Allerdings, so stellen auch einige Studien fest, hängen die Schwerpunkte der politischen Arbeit von transnationalen Migrantenselbstorganisationen (Aufnahmeland vs. Herkunftsland) auch vom Umgang mit Migranten und deren Wahrnehmung durch die Aufnahmeländer ab (vgl. etwa Berger/Koopmans 2004). Eine geringe Wahrnehmung durch die politischen Institutionen des Aufnahmelandes,

32 Die Ergebnisse der Studie von Argun basieren auf einer in Berlin durchgeführten Feldforschung unter türkischen Migranten sowie auf einer Analyse der Audio- und Printmedien in Deutschland und des Internets. Untersucht werden dabei die politischen Beiträge der Migrantenselbstorganisationen aus der Türkei in Deutschland.

33 Beziehen sich die politischen Forderungen der Migranten z.B. auf die Verbesserung der Menschenrechtslage oder auf die Einhaltung religiöser und ethnischer Grundrechte, finden sie in der Regel auch Gehör in der Öffentlichkeit des Aufnahmelandes. Sobald die Forderungen jedoch radikaler werden (z.B. die Forderung nach Unabhängigkeit), werden sie von der Öffentlichkeit im Aufnahmeland kaum aufgenommen (vgl. Koopmans/Statham 2003).

so auch die Studien von Ostergaard-Nielsen 2001 oder Potter/Wong 2007, führe tendenziell zu einem größeren politischen Engagement der Migranten für das Herkunftsland. Das heißt im Umkehrschluss möglicherweise: Wenn es für Migranten mehr Partizipationsmöglichkeiten im Aufnahmeland gäbe, würden sie sich evtl. auch weniger für die politischen Belange des Herkunftslandes interessieren bzw. engagieren (vgl. Ostergaard-Nielsen 2001, Koopmans/Statham 2003).

Dies wird besonders in der Studie von Koopmans/Statham (2003) deutlich, die sich mit der transnationalen politischen Partizipation von Migranten in Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien beschäftigt. Die Studie untersucht, die Art der politischen Forderungen, die von Migranten in den jeweiligen politischen Öffentlichkeiten ihrer Aufnahmeländer gestellt werden. Hierfür werden Berichte aus führenden Tageszeitungen (The Guardian in Großbritannien, die Frankfurter Rundschau in Deutschland und dem NRC/Handelsblad in den Niederlanden) ausgewertet. Dies geschieht sowohl im Hinblick auf individuelle als auch auf kollektive Forderungen von Migranten und Migrantenselbstorganisationen in den drei Untersuchungsländern. Dabei kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass in Deutschland Forderungen von Migranten überwiegen, die bestimmte Politiken des Herkunftslandes durchsetzen wollen beziehungsweise bestimmte Institutionen des Herkunftslandes im Aufnahmeland vertreten (z.B. PKK, Milli Görüs, FIS) (sogenannte „transplanted homeland politics“). In Großbritannien hingegen werden mehr Forderungen gestellt, die die Politik des Aufnahmelandes betreffen, wenn auch häufig in Bezug auf das Herkunftsland. Die Regierungen des Aufnahmelandes werden häufig aufgefordert, gegen bestimmte „Ungerechtigkeiten“ (beispielsweise im Umgang mit ethnischen Minderheiten) vorzugehen und Druck auf ihre Herkunftsländer auszuüben. In den Niederlanden stellen Migranten im Vergleich zu Deutschland und Großbritannien dagegen weitaus mehr Forderungen in Bezug auf ihre rechtliche, wirtschaftliche und soziale Lage in den Niederlanden. Die Autoren erklären die unterschiedlichen Befunde mit der unterschiedlichen Stellung der Migranten in den jeweiligen politischen Systemen. Während Migranten in Deutschland vornehmlich als „Ausländer“ wahrgenommen werden und dementsprechend wenig Bezüge zur Politik des Aufnahmelandes haben, sind Migranten in Großbritannien aufgrund der kolonialen Geschichte seit langem als Minderheiten anerkannt und besser in das politische System integriert. In den Niederlanden sind Migranten am besten ins politische System integriert und ha-

ben deswegen die größte Nähe zu politischen Entscheidungsträgern und Institutionen. Dementsprechend hoch ist ihr Bezug zur Politik des Aufnahmelandes. Die jeweiligen nationalen Integrationspolitiken und Staatsangehörigkeitsregelungen haben also großen Einfluss auf das kollektive Bewusstsein und die Selbstdefinition von Migranten, die dann auch die Beziehungen zur Politik des Herkunftslandes und des Aufnahmelandes mitbestimmen

Ein weiterer Schwerpunkt der Studien zum transnationalen politischen Engagement von Migranten in Deutschland besteht in der Erforschung des Einflusses von Migranten auf politische Systeme ihrer Herkunftsländer. Hierbei stehen vor allem Migranten aus nicht-demokratischen bzw. aus defizitären demokratischen Systemen im Vordergrund. In diesen Studien wird untersucht, welche konkreten politischen Schritte Migrantenselbstorganisationen bzw. Diasporaorganisationen³⁴ unternehmen, um im Herkunftsland politischen Einfluss auszuüben (vgl. Ostergaard-Nielsen 1998, Amann 2001, Argun 2003). Eine zentrale Form der politischen Einflussnahme besteht dabei in der Lobbyarbeit im Aufnahmeland für das Herkunftsland. Dabei wird explizit versucht, verschiedene Ressourcen von Migranten (z.B. Wählerstimmen, wirtschaftliche Kontakte, politische Verbindungen usw.) einzusetzen, um bestimmte politische Ziele in den Herkunftsländern zu erreichen (vgl. hierzu vor allem die Studien von Ostergaard-Nielsen 1998, 2000, 2001 und 2005). Hierbei wird zwischen zwei Arten der Lobbyarbeit unterschieden. Einige Diasporaorganisationen versuchen, direkt auf die Politik des Herkunftslandes einzuwirken, z.B. durch die finanzielle Unterstützung bestimmter Parteien dort oder durch Mobilisierung der Unterstützung für bestimmte sozialen Bewegungen. Andere konzentrieren sich auf die reine Lobbyarbeit im Aufnahmeland, um die Außenpolitik des Aufnahmelandes in Bezug auf das Herkunftsland entsprechend bestimmter politischer Herkunftsinteressen zu beeinflussen. Die bisherigen Forschungen zu diesem Thema untersuchten allerdings nicht den Lobbyismus der von Deutschland aus agierenden Migrantengruppen, sondern konzentrierten sich viel mehr auf den US-amerikanischen Forschungskontext.³⁵ Sie billigen

34 Auch wenn das Wort „Diaspora“ in der deutschen Migrationsforschung umstritten ist, wird es doch von Transnationalismusforschern häufig für alle Migrantengruppen verwendet, die sich schon länger in ihrem Aufnahmeland aufhalten und politisch aktiv sind (vgl. u.a. Ostergaard-Nielsen, Koopmans, Argun).

35 Zu Deutschland hat lediglich Eva Ostergaard-Nielsen 2000 und 2001 Studien zum politischen Lobbyismus von kurdischen Migranten durchgeführt.

Migrantenselbstorganisationen durchaus eine wichtige Rolle in den Außenbeziehungen ihrer Aufnahmeländer zu.

In der angelsächsischen Forschung wird zudem große wirtschafts- und außenpolitische Potenziale durch die transnationalen politischen Aktivitäten von Migranten für die Aufnahmeländer konstatiert. Das Hauptargument der Forschung ist, dass Unternehmer mit Migrationshintergrund und ihre Verbände, aber auch politisch in den Herkunftsländern gut vernetzte Migranten als „Botschafter“ der Aufnahmeländer in ihren Herkunftsländern auftreten können und somit zur Intensivierung der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zwischen den Herkunfts- und Aufnahmeländern beitragen können. Es ist verwunderlich, dass in Deutschland bisher keine nennenswerten Studien zu diesem Thema existieren. Interessant ist dabei, dass sich diese wenigen Studien zumeist auf Türken bzw. Kurden konzentrieren (vgl. Ostergaard-Nielsen 2001, Koopmans/Statham 2003, Koopmans/Duyvene de Wit 2001). Andere Gruppen, die sicher ebenfalls wichtige transnationale politische Beziehungen unterhalten, sind bisher kaum in den Fokus der Wissenschaft gerückt.³⁶

Alle Studien zur politischen Partizipation von Migranten in transnationalen Räumen basieren zumeist auch auf einem ähnlichen methodischen Vorgehen. So werden häufig Migrantenselbstorganisationen in Deutschland und in anderen europäischen Ländern in Bezug auf die Art ihrer Lobbyarbeit und in Bezug auf ihre politischen Forderungen miteinander verglichen, z.B. in Deutschland und in den Niederlanden. Dabei werden in der Regel Leitfadenterviews mit Vertretern von transnational agierenden Migrantenselbstorganisationen durchgeführt (vgl. Ostergaard-Nielsen 1998, 2001 und 2005). Hinzu kommen Medienanalysen (u.a. auch das Internet), bei denen z.B. die Forderungen von Migranten in den Medien des Aufnahmelandes in Bezug auf ihre Herkunftsländer untersucht werden (vgl. hierzu Argun 2003, Berger/Koopmans 2004, Kissau/ Hunger 2009 c).

Im Hinblick auf zukünftige Studien, die sich damit beschäftigen wollen, wie die außenpolitischen Aktivitäten Deutschlands die bestehenden transnationalen Netzwerke und Beziehungen von Migranten für sich gewinnen könnten, besteht also noch ein

³⁶ Eine der wenigen Arbeiten, in denen italienische Migranten untersucht werden, ist die von Martini (2001). Hier wird insbesondere auf die Bedeutung von Familienstrukturen eingegangen, die politische Partizipation steht allerdings nicht im Mittelpunkt.

großes Potential. Anhand solcher Studien könnten konkrete Empfehlungen entwickelt werden, wie eine „Diaspora-Diplomatie“³⁷ für Deutschland aussehen könnte. Inzwischen ist bekannt, dass viele Migranten nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer in Deutschland zeitweise oder auch endgültig in ihre Herkunftsländer zurückkehren und dabei weiterhin politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland aufrechterhalten. Wie kann Deutschland diese transnationalen Beziehungen und Strukturen für sich nutzen? Welchen Einfluss kann die deutsche Politik auf diese transnationalen politischen Aktivitäten ausüben? Dies sind Fragen, die von der deutschen Forschung bisher noch nicht untersucht worden sind. So fanden in den letzten Jahren vermehrt sog. „Diasporatreffen“ verschiedener Migrantengruppen in Deutschland statt (z.B. der Aserbajdschaner in Berlin), ohne dass dies von der Politik oder der Wissenschaft wahrgenommen wurde. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Thema der politischen Partizipation von Migranten in transnationalen Räumen langsam Einzug in die deutsche Migrationsforschung erhält. Jedoch wurde deren Potential noch nicht voll erkannt, und Deutschland hinkt hier im internationalen Vergleich immer noch deutlich hinterher.

4.2 Online-Partizipation

Ein weiterer neuer Forschungszweig zur politischen Partizipation von Migranten ist in der Internetforschung zu finden. Diese Form der politischen Partizipation von Migranten ist ab den 2000er Jahren stärker ins Blickfeld der internationalen Migrationsforschung gerückt. Ähnlich wie bei der Transnationalismusforschung liegt der Ursprung hierfür im angelsächsischen Sprachraum. Arbeiten von Smith 1999, Diamandaki 2003 oder Ding 2007 untersuchen dabei konkrete politische Prozesse und Entwicklungen im Internet, an denen Migranten beteiligt sind bzw. die sie angestoßen haben. Internetpartizipation ist für Migranten insofern von besonderem Interesse, als dass sich hierdurch einerseits die Verbindungen zum Herkunftsland leichter aufrecht erhalten lassen (was früher vor allem kritisch gesehen wurde), und andererseits sich aber auch neue Möglichkeiten für Migranten ergeben, einen erleichterten Zugang zur deutschen Öffentlichkeit zu erhalten, um z.B. durch Onlinekampagnen ihre politischen Forderungen gegenüber dem Aufnahmeland besser durchzusetzen.

37 Der Begriff „Diaspora-Diplomatie“ wurde von der indischen Regierung ins Leben gerufen, um seine Auslandsbürger (die sog. Non-Resident Indians) ganz gezielt für diplomatische Zwecke einzusetzen (vgl. hierzu auch Hunger 2009).

Die neuen Möglichkeiten, die das Internet für die politische Partizipation von Migranten in Deutschland bereit hält, wurden bisher kaum untersucht. Eine der wenigen Studien hierzu ist die von Kissau/Hunger 2009. In dieser explorativen Studie wurde am Beispiel von türkischen, kurdischen und russischsprachigen Internetnutzern untersucht, wie verschiedene Migrantengruppen in Deutschland die neuen Möglichkeiten des Internet für ihre politische Partizipation nutzen. Hierbei zeigte sich, dass insbesondere türkischstämmige Migranten in der zweiten Generation das Internet als neues Medium der politischen Partizipation für sich entdeckt haben, während russischsprachige Nutzer eher unpolitisch orientiert sind und stärker auf ihr Herkunftsland fokussiert sind. Eine Fallstudie zu kurdischen Nutzern (vgl. ausführlicher auch Candan/Hunger 2009) zeigte, dass das Internet hier stark zur Diasporabildung genutzt wird, um Einfluss auf die Politik in den Herkunftsregionen zu nehmen. Angesichts dieser Ergebnisse und der Entwicklungen in anderen Bereichen kann davon ausgegangen werden, dass das Internet in Zukunft sicher eine immer wichtigere Rolle auch für die politische Partizipation von Migranten spielen wird. Und auch andere Partizipationsformen, die sich vor allem über neue Medien erschließen, wie z.B. Mobiltelefone (vgl. hierzu die Studie von Düvel in Kissau/ Hunger 2009 b), werden bei Migranten zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen.

Auch für die politischen Verwaltungen gibt es hier noch große unerschlossene Potenziale, um die politische Partizipation von Migranten zu fördern. Eine Studie von Hentschel/Schröder/Wiggerink (2009) untersucht z.B., inwieweit die Internetauftritte der zehn größten Städte auf die Interessen ihrer Stadtbevölkerung mit Migrationshintergrund eingehen und damit die Partizipation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund fördern. Sie gehen davon aus, dass Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet das Interesse und die gesellschaftliche Partizipation der Migranten in der Kommune fördern kann, wenn sie „migrantenfreundlich“ gestaltet werden. Hierzu werden die Internetauftritte der zehn größten Städte Deutschlands auf Aspekte wie Fremdsprachenangebot und Spezialinformationen für Migranten, wie etwa zum Bildungssystem, zu den Sozialleistungen und Sprachangeboten, untersucht. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass es große Gestaltungsunterschiede bei den Internetauftritten der zehn größten Städte Deutschlands gibt. Während ein Teil der Städte kaum auf die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung mit Migrationshin-

tergrund eingeht, zeichnen sich andere Kommunen durch eine geradezu vorbildhafte Gestaltung der Webseiten aus. Insgesamt sehen die Autoren aber ein großes Potential, mit Hilfe des Internets die Partizipation von Migranten in den Städten zu erhöhen. Jedoch wurden zu diesem Thema bisher nur wenige Untersuchungen durchgeführt.

5. Fazit

Die Zusammenschau der verschiedenen Formen der politischen Partizipation von Migranten in Deutschland hat gezeigt, dass Migranten (trotz eingeschränkter Möglichkeiten) politisch sehr aktiv sind. Dies gilt sowohl bezüglich individueller Partizipationsformen als auch auf kollektiver Ebene. So werden Migranten z.B. zu einem immer wichtigeren Bestandteil der Wahlbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und Migrantorganisationen zu einem immer wichtigeren Partner der deutschen Politik. Demokratietheoretisch wird weiterhin der Ausschluss von Ausländern vom politischen Prozess der Wahlen als problematisch eingestuft. So sind trotz erleichterter Einbürgerungsregelungen immer noch Millionen Bürger in Deutschland von den Wahlen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene ausgeschlossen. Eine Vielzahl demokratietheoretischer und staatsphilosophischer Arbeiten haben diesen Ausschluss von Migranten aus dem politischen Prozess als „Demokratiedefizit“ gekennzeichnet.

In der wissenschaftlichen Debatte über den Ausgleich dieses Demokratiedefizits dominierten zunächst Diskussionen um die Ausweitung politischer Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. So wurden lange Zeit die Ausweitung der Kompetenzen für Ausländerbeiräte und die Ausweitung des Kommunalwahlrechts für Ausländer in den wissenschaftlichen Arbeiten zur politischen Partizipation von Migranten in Deutschland debattiert. Beide Ansätze wurden aber von der Forschung immer wieder als unzureichend kritisiert, da in den Augen vieler Wissenschaftler erst die gleichberechtigte Teilnahme an Wahlen eine vollständige politische Partizipation garantiere. Dies sei in Deutschland – allerdings bis auf die Ausnahmen bei Kommunalwahlen, bei denen auch EU-Ausländer wahlberechtigt sind – bis heute nicht der Fall. Millionen von Migranten verfügten bis heute nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit und bleiben somit von der politischen Mitentscheidung rechtlich weitgehend ausgeschlossen.

Dies kann als ein Grund dafür angesehen werden, warum z.B. Parteien bisher wenig auf Migranten eingegangen sind und auch von der Forschung in dieser Hinsicht wenig untersucht worden sind. Stattdessen nehmen Migrantenselbstorganisationen eine zentrale Stellung für die politische Partizipation von Migranten in Deutschland ein

und wurden auch entsprechend häufig wissenschaftlich untersucht. Hierbei stand lange Zeit die politische Ausrichtung der Migrantenselbstorganisationen im Fokus der Untersuchungen. Dabei herrschte lange Zeit eine ambivalente bzw. kritische Haltung gegenüber Migrantenselbstorganisationen vor. So wurde eine Ausrichtung auf das Herkunftsland oft als Abwendung von Deutschland und als Hindernis für die politische Beteiligung in Deutschland dargestellt. Diese Diskussion hat aber allerdings seit einigen Jahren eine gewisse Wendung erfahren. So wird eine Herkunftslandorientierung nicht mehr automatisch als partizipationsfeindlich eingestuft (Oestergaard-Nielsen 2001), insbesondere weil Studien, wie die von Koopmans und Berger (2004), gezeigt haben, dass auch die Rahmenbedingungen in den Aufnahmeländern Einfluss darauf haben, welche inhaltlichen Schwerpunkte Migrantenselbstorganisationen im Hinblick auf ihre politische Partizipation setzen.

Die Konzentration auf Migrantenselbstorganisationen hat die Forschung zur politischen Partizipation von Migranten jahrelang dominiert. In den letzten Jahren gibt es aber auch zu anderen Bereichen interessante Forschungsergebnisse. Als ein neuer und besonders interessanter Zweig kann die Forschung über das Wahlverhalten von „Neubürgern“ angesehen werden. So geben gerade die Arbeiten von Wüst (2000, 2002, 2003 a, 2003b, 2006 und 2007) wichtige Aufschlüsse über das Wahlverhalten von Migranten. Ein besonders interessantes Ergebnis der Arbeiten, dass sich das politische Verhalten von Migranten über die Zeit an das Verhalten von Nicht-Migranten angleicht. Auch die Studie von Weidacher et al. (2000) in Bezug auf jugendliche Migranten und ihre politischen Einstellungen hält interessante Ergebnisse bereit. So wird hier betont, dass gerade die Schichtzugehörigkeit eine große Erklärungskraft für das politische Verhalten hat. An diese Arbeiten können zukünftig weitere Forschungen anknüpfen: Gibt es z.B. weitere Unterschiede im politischen Verhalten von männlichen und weiblichen Migranten? Wie verhält es sich bei Migranten unterschiedlicher Zuwanderungsgenerationen? Welche Rolle spielt der Migrationshintergrund insgesamt für die Häufigkeit, die Intensität und die Qualität der politischen Partizipation? Gibt es Unterschiede zwischen dem Engagement von Migranten, die als politische Flüchtlinge nach Deutschland kamen, und denen, die als Arbeitsmigranten zugewandert sind? Gerade zur letzten Frage gibt es noch große Wissensdefizite, da sich die Forschung bisher auf einzelne wenige Zuwanderungsgruppen in Deutschland konzentriert hat (vor allem auf Migranten aus den klassischen

Gastarbeiterländern Türkei, Italien, Jugoslawien usw.). Neue Zuwanderungsgruppen, z.B. aus Afrika oder Asien, wurden dagegen wenig betrachtet.³⁸

Wenig ausgeprägt ist auch die Forschung zur politischen Partizipation von Migranten über die deutschen Grenzen hinweg. Die deutsche Forschung hinkt hier der internationalen Forschung deutlich hinterher (insbesondere im Vergleich zum angelsächsischen Sprachraum). In Deutschland konzentriert sich die Diskussion immer noch vorrangig auf innenpolitische Fragestellungen, also z.B. welchen Einfluss die politische Partizipation und Orientierung von Migranten auf die „Integration“ von Migranten hat. Studien, die sich mit der grenzüberschreitenden politischen Partizipation der in Deutschland lebenden Migranten auseinandersetzen, sind selten und werden interessanterweise überwiegend von ausländischen Forschern durchgeführt (z.B. Oestergaard-Nielsen 2001, Argun 2003). Die Relevanz der grenzüberschreitenden politischen Partizipation von Migranten insbesondere für die Außenpolitik der Aufnahmeländer ist gleichwohl hoch, wie man an den Ergebnissen der englischsprachigen Literatur sieht. Es ist zu erwarten dass dieses Forschungsfeld in den nächsten Jahren auch in Deutschland an Bedeutung zunehmen wird, ähnlich wie dies im Forschungsfeld „Entwicklungspotenziale der Migration“ zu beobachten gewesen ist, das in Deutschland ebenfalls erst vergleichsweise spät aufgegriffen wurde.

Forschung zu politischer Partizipation von Migranten weist auch Forschungsdefizite in methodisch-theoretischer Perspektive auf. So gibt es viele Einzelfallanalysen, aber nur wenige Large-Scale-Studien. Insgesamt muss betont werden, dass sowohl das Theorie- als auch das Methodenpotential der Sozialwissenschaften in Bezug auf die Erforschung der Bedingungen und Konsequenzen der politischen Partizipation von Migranten in deutscher Forschungsdiskussion bei weitem nicht ausgeschöpft worden ist. So dominieren nach wie vor Arbeiten, die von den spezifischen Problemlagen der Migranten ausgehen und nicht von den allgemeinen Voraussetzungen politischer Partizipation in Demokratien. Auch gibt es nur wenige Arbeiten, welche die Theorien politischen Verhaltens, die völlig ohne Bezug auf Migrationsprozesse entwickelt wurden (z.B. der Ansatz der politischen Ökonomie), auf das Feld der Migrantenbeteiligung anwenden. Positiv hervorzuheben sind hier wiederum die Ar-

38 Auch wurde bisher die politische Partizipation von Aussiedlern wenig erforscht, möglicherweise deshalb, weil diese Gruppe über die Staatsangehörigkeit verfügt und somit alle rechtlichen Möglichkeiten der vollen politischen Partizipation besitzt.

beiten von Wüst (2000, 2002, 2003 a, 2003 b, 2006 und 2007), der die Erkenntnisse der allgemeinen Wahlforschung auf Migranten überträgt und damit Migrationsforschung in die allgemeine Partizipationsforschung einbindet. Auch das Analysepotential der allgemeinen Bevölkerungsumfragen zur politischen Partizipation (vom SOEP bis zum Politbarometer) ist nicht ausgeschöpft, wie dies die Arbeiten von Diehl (2000, 2001, 2002 und 2004) und Weidacher et al. (2000) zeigen. Die Analyse dieser Datenbestände ist insofern von besonderer Wichtigkeit, als sie anders als die lokalen und regionalen Fallstudien zur Generalisierung der Erkenntnisse beiträgt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass zwar eine große Fülle an Literatur zur politischen Partizipation von Migranten in Deutschland existiert, diese jedoch deutliche Schwerpunktsetzungen aufweist, die der heutigen politischen Realität nur noch eingeschränkt entsprechen. So wurden bis heute vor allem Ausländerbeiräte, das Kommunalwahlrecht und Migrantenselbstorganisationen im Hinblick auf die politische Partizipation von Migranten untersucht, und zwar vor allem in Bezug auf einige wenige Migrantengruppen, die der Gastarbeiteranwerbung der 1960er Jahre entstammen. Die neueren Entwicklungen der politischen Partizipation von Migranten wurden dagegen noch nicht vollständig aufgearbeitet, wie z.B. die politischen Aktivitäten neuer Migrantengruppen (z.B. aus dem Nahen Osten und aus Afrika), insbesondere im Hinblick auf ihren Einfluss auf die Politik ihre Herkunftsländer. Auch die Rolle von Politikern mit Migrationshintergrund und die daraus folgenden Einschätzungen der Migranten im Hinblick auf ihre Repräsentanz im politischen System der Bundesrepublik Deutschland wurden bisher kaum untersucht. Dies ist überraschend, da Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine herausragende Rolle spielen. Bisher gibt es aber kaum Studien zur politischen Integration von Migranten in die Parteistrukturen (z.B. in die verschiedenen Migrantenselbstorganisationen). Auch neue Partizipationsformen (z.B. die Partizipation über das Internet) müssten stärker untersucht werden.

Dabei scheint es u.E. auch darauf anzukommen, den Defizitansatz zur politischen Partizipation von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland zu überwinden und die Potenziale der Migranten als politische Akteure stärker in den Mittelpunkt der Forschungsarbeiten zu stellen. Dies gilt sowohl für das Potential von Migranten im

Hinblick auf ihre politische Partizipation in Deutschland als auch über die deutschen Grenzen hinweg.

ANHANG

Literaturverzeichnis

- Amelina, A./ Faist, T. (2008): Turkish Migrant Associations in Germany: Between Integration Pressure and Transnational Linkages, in: *Revue Européenne des Migrations Internationales* 2, S. 67-90.
- Amman, B. (2001): *Kurden in Europa, Ethnizität und Diaspora*. Berlin: LIT.
- Apel, G. (1991): Beteiligung von Ausländerinnen und Ausländern an sie betreffenden Entscheidungen in Hamburg (Kurzfassung), in: *Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit – VIA e.V. (Hrsg.): Gedanken, Thesen, Stellungnahmen, Pro und Contra zum Thema Ausländerbeiräte*. Bonn, Nr. 5-II-91.
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz (2008): *Aktive Vereine, Handbuch für Migranten-Organisationen als Partner für Integration und Beschäftigung. Erfahrungen und Ergebnisse einer Qualifizierungsreihe für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren von Migranten-Organisationen*, im Internet unter: http://www.agarp.de/cms/images/pdf/aktive+vereine_nur+text.pdf (abgerufen am 12.09.2009).
- Argun, B. E. (2003): *Turkey in Germany: The Transnational Sphere of Deuschkei*. New York/ London: Routledge.
- Assimienios, S. (2001): *Migrantenselbstorganisationen und politische Partizipation*, in: Assimienios, S./ Shajanin, Y. (Hrsg.): *Politische Beteiligung in der Migration: Herausforderung, Einbürgerung, politische Rechte, Interessenvertretung*. Bonn: Avlos, S. 14-22.
- Assimienios, S. (2001): *Politische Beteiligung in der Migration. Die Herausforderung*: Bonn: BAGIV (Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland).
- Assimienios, S. (Hrsg.) (1999): *Aspekte politischer Partizipation von MigrantInnen*. Bonn: BAGIV.
- Assimienios, S./ Shajanian, Y. (Hrsg.) (2001): *Politische Beteiligung in der Migration: Die Herausforderung: Einbürgerung, politische Rechte, Interessenvertretung; eine Dokumentation des Projektes Förderung der sozialen und politischen Partizipation von MigrantInnen in Deutschland / [BAGIV], Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland*. Duisburg: Avlos.
- Atilgan, C. (2002): *Türkische Diaspora in Deutschland. Chance oder Risiko für die deutsch-türkischen Beziehungen*. Hamburg: Deutsches Orient Institut.
- Aydin, H./ Baran, R./ Basar, C. (2003): *Politische und soziale Partizipation von MigrantInnen*. Bonn: NAVEND- Zentrum für Kurdische Studien e.V.
- Bammel, H. (1986): *Kommunales Wahlrecht und politische Partizipation für Ausländer am Beispiel ausgewählter europäischer Länder*. Freudenberg und Siegen: *Fachtagung Kommunales Wahlrecht und politische Partizipation für Ausländer am Beispiel Ausgewählter Europäischer Länder*. Freudenberg: FES.
- Baringhorst, S. (Hrsg.) (2005): *20 Jahre Ausländerbeirat- 20 Jahre Freundschaftsfest, Aspekte der Migration und Integration im Raum Siegen*. Siegen: *Zentrale Vielfältigkeit Uni Siegen*.
- Bauer, W. T. (2007): *Das kommunale AusländerInnenwahlrecht im europäischen Vergleich*. Wien: *Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung - ÖGPP*.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2002): *Migranten sind aktiv: Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen*

- und Migranten; Dokumentation; Fachtagung am 11. Juni 2002 in Bonn. Bonn: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.
- Becker, W. (1980): Kommunales Wahlrecht für Ausländer? Probleme und Perspektiven der Ausländerpolitik, in: Zeitschrift für das Fürsorgewesen, Jahrgang 32, Nr. 2.
- Behrend, O. (1973): Kommunalwahlrecht für Ausländer in der Bundesrepublik, in: Die öffentliche Verwaltung (DÖV), Jahrgang 26, Nr. 11/12, S. 376ff.
- Bendel, P./ Hildebrandt, M. (2006): Integration von Muslimen, Schriftenreihe des Zentralinstituts für Regionalforschung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg: Buch und Media.
- Berger, M./ Galonska, C./ Koopmans, R. (2004): Integration durch die Hintertür. Ethnisches Sozialkapital und politische Partizipation von Migranten in Berlin, in: Klein, A./ Kern, K./ Geißel, B./ Berger, M. (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 251-272.
- Berger, M./ Koopmans, R. (2004): Bürgerschaft, ethnische Netzwerke und die politische Integration von Türken in Amsterdam und Berlin, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jahrgang 17, Nr. 1, S. 70-79.
- Birkenheier, M. (1986): Kommunalwahlrecht für Ausländer und das Verfassungsrecht, in: Politische Mitbestimmungsrechte für Ausländer. Mülheim/Ruhr: Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr.
- Blätte, A. (2009): Zugang, Normen und Tausch. Einwandererverbände und politische Entscheidungsprozesse 1998-2006. Wiesbaden: VS Verlag (im Erscheinen).
- Böcker, A./ Thränhardt, D. (2003): Einbürgerung und Mehrstaatigkeit in Deutschland, in: Leviathan, Jahrgang 31, Nr. 4, S.117-136.
- Böcker, W. (1980): Kommunalwahlrecht für Ausländer (Zyklen einer Diskussion), in: der Städtetag, Neue Folge, Jahrgang 33, Nr. 4.
- Bommes, M. (1992): Interessenvertretung durch Einfluss. Ausländervertretungen in Niedersachsen. Osnabrück: AG KAN.
- Borley, K. (1999): Das Kommunalwahlrecht für Ausländer nach der Neuordnung des Art. 28 Abs. 15. 3GG. Berlin: Duncker&Humblot.
- Breer, D. (1982): Die Mitwirkung von Ausländern an der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland durch Gewährung des Wahlrechts, insbesondere des Kommunalwahlrechts. Schriften zum öffentlichen Recht, Band 422. Berlin: Duncker und Humblot.
- Breitenbach, B. v. (1986): Ausländer-Vereine und Interessenvertretung. Funktionen der Selbstorganisation von Ausländern im Kommunalbereich, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jahrgang 17, Nr. 2, S. 181-199.
- Bücking, K. (1992): Die Beteiligung von Ausländern an Wahlen zum Deutschen Bundestag, zu den Parlamenten der Länder und den kommunalen Vertretungskörperschaften unter besonderer Berücksichtigung der Wahlen zu den Hamburger Bezirksversammlungen. Hamburg: Lang.
- Bukow, W.-D. (1989): Ausländerwahlrecht. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Bukow, W.-D. (1998): Mitbürger aus der Fremde. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenerverbände in Deutschland e.V. (BAGIV) (2009): Reihe Partizipation: Aspekte politischer Partizipation von Migranten in Deutschland, im Internet unter: <http://www.bagiv.de/broschuere-aspekte.html> (abgerufen am 17.04.2009).
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2008): Integrationsförderung durch Migrantenselbstorganisationen. Kompetenzen-Ressourcen-Potenziale und Förderkonzepte in Ost und West. Dokumentation zur Fachtagung am 11.

- und 12. Oktober 2008 in Potsdam, im Internet unter: http://www.wir-tun-was.de/bilder/mso_2008_dokumentation.pdf (abgerufen am 02.09.2009).
- Bundschuh, S./ Jagusch, B. (2005): Über das Verhältnis von Partizipation und Integration (Thema). Jugendverbände und Migration, in: Praxis Politische Bildung Nr. 4, S. 260 ff.
- Büttner, C./ Meyer, B. (Hrsg.) (2001): Integration durch Partizipation - "ausländische Mitbürger" in demokratischen Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus.
- Büttner, C./ Terzopoulou, M. (1999): Mehr Demokratie wagen. Partizipationsmöglichkeiten ausländischer Mitbürger. Wiesbaden: Dokumentation der HSFK/-BEF-Jahreskonferenz vom 5.-6.11.1998 im Hessischen Landtag.
- Canan, A. (2002): Türkische Diaspora in Deutschland, Chance oder Risiko für die deutsch-türkischen Beziehungen. Hamburg: Deutsches Orient Institut.
- Candan, M./ Hunger U. (2009): Nationbuilding Online: A Case Study of Kurdish Migrants in Germany, in: Sonderausgabe der German Policy Studies 4/2008, S. 125-153.
- Cetinkaya, H. (2000): Türkische Selbstorganisationen in Deutschland: neuer Pragmatismus nach der ideologischen Selbstzerfleischung, in: Thränhardt, D./ Hunger, U. (Hrsg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Studien zu Migration und Minderheiten, Band 11. Münster/Hamburg/London, S. 83-109.
- Cinar, S. (1997): Politische Partizipation für wen? Zur bürgerrechtlichen Situation der ethnischen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Brech, J./ Vanhué L. (Hrsg.) (1997): Migration, Stadt im Wandel, Darmstadt: vwp - Verlag für wissenschaftliche Publikationen.
- Circis, M. S./ Dimitriou, K. (2003): Integration: Priorität für die Selbstorganisationen der MigrantInnen, in: Assimenios, S./ Tanriverdi, M. (Hrsg.): Integration aus dem Leben gegriffen. Ressourcen und Wendepunkte im Integrationsverlauf. Bonn: Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände e.V.
- Cyrus, N. (2005): Active Civic Participation of Immigrants in Germany. POLITIS Country Report. Oldenburg: University Oldenburg.
- Cyrus, N. (2008): Politische Integration von Einwanderinnen und Einwanderern. Berlin, im Internet unter: http://www.migrationboell.de/downloads/integration-/Cyrus_Politische_Partizipation.pdf (abgerufen am 01.10.2008).
- Cyrus, N./ Vogel, D. (2007): Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten – POLITIS WP13-2008. Oldenburg: Universität Oldenburg.
- Cyrus, N./ Vogel, D. (2007): Where Does It Start, Why Does It Change? Trajectory Patterns of Immigrants Active in Mainstream Political Parties. Highly Active Immigrants. A Resource for European Civil Societies. Frankfurt am Main: Lang, S. 129-144.
- Da Fonseca, S. C. (2006a): Neue Bürger – neue Kandidaten? Die Parteien im Wettstreit um Migrantenstimmen, in: WZB-Mitteilungen, Nr. 114, S. 32-35.
- Da Fonseca, S. C. (2006b): Immigrant Constituencies as a Political Challenge – The German Federal Elections 1998-2005 Revisited. Paper presented at the 2006 Annual Meeting of the American Political Science Association. Philadelphia.
- D'Amato, G. (2001): Vom Ausländer zum Bürger: der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Münster u.a.: LIT.
- Davy, U. (Hrsg.) (1999): Politische Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. Baden-Baden: Nomos.

- Decker, F./ Ayanoglu, O. (1998): *Ausländer im politischen Abseits. Möglichkeiten ihrer politischen Beteiligung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Deutscher Städtetag (Hrsg.) (1997): *Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Städtetages zur Einrichtung von Ausländerbeiräten/-ausschüssen und Ausländerbeauftragten in den Städten der Bundesrepublik Deutschland*, Köln.
- Dialog fördern – Partizipation von Migrantenselbstorganisationen durch Beratung und Qualifizierung stärken, Dokumentation der Fachtagung am 17. Juli 2003 in der Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen in Dortmund.
- Diamandaki, K. (2003): *Virtual Ethnicity and Digital Diasporas: Identity Construction in Cyberspace*, in: *Global Media Journal*, Jahrgang 2, Nr. 2., im Internet unter: <http://lass.calumet.purdue.edu/cca/gmi/-sp03/-graudatesp03/gmj-sp03> (abgerufen am 03.09.2008).
- Diehl, C. (2000): *Erscheinungsformen der Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Serio, A. (Hrsg.): *Der unsichtbare Mitbürger: soziale und gesellschaftliche Aspekte der Integration der Italienerinnen und Italiener in Deutschland*. Freiburg: Lambertus, S. 85-102.
- Diehl, C. (2001): *Die Partizipationsmuster türkischer Migranten in Deutschland. Ergebnisse einer Gemeindestudie*, in: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* 1, S. 29-35.
- Diehl, C. (2002): *Die Partizipation von Migranten in Deutschland: Rückzug oder Mobilisierung?*, Opladen: Leske + Budrich.
- Diehl, C. (2004): *Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen*, in: Klein, A./ Kern, K./ Geißel, B./ Berger, M. (Hrsg.): *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 231-250.
- Diehl, C./ Urban, J./ Esser, H. (1998): *Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, im Internet unter: <http://www.fes.de> (abgerufen am 26.07.2009).
- Dietz, B. (1995): *Zwischen Anpassung und Autonomie*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Dill, G. (1999): *Kommunales Wahlrecht für EU-Bürger*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Ding, S. (2007): *Digital Diaspora and National Image Building: A New Perspective on Chinese Diaspora Study of China's Rise*, in: *Pacific Affairs*, Jahrgang 80, Nr.4, S. 627-648.
- Ditsch, G. (2005): *Die Legislaturperiode 1999-2004 des Ausländerbeirates*, in: Baringhorst, S./ Geißler, R./ Pfau, D. (Hrsg.): *20 Jahre Ausländerbeirat – 20 Jahre Freundschaftsfest, Aspekte der Migration und Integration im Raum Siegen*. Siegen: Zentrale Vervielfältigung Uni Siegen, S. 55-56
- Dornis, C. (2002): *Zwei Jahre nach der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – Bilanz und Ausblick*, in: Bade, K./ Münz, R. (Hrsg.): *Migrationsreport 2002. Fakten – Analysen – Perspektiven*, Frankfurt am Main: Campus, S. 163-177.
- Dünzelmann, A.E. (2005): *Aneignung und Selbstbehauptung: zum Prozess der Integration und Akkulturation von „GastarbeiterInnen“ in Bremen*. Göttingen: V&R Unipress.
- Düvel, C. (2009): *Lokal – translokal – digital: kommunikative Mehrfachvernetzung russischer Diasporaangehöriger mit Mobiltelefon und Internet*, in: Kissau, K./ Hunger, U. (Hrsg.) (2009): *Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Elwert, G. (1982): Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34/1982, S. 717-734.
- Emanuelson, A.-C. (2005): Diaspora Global Politics, Kurdish Transnational Networks and Accommodation of Nationalism, Department of Peace and Development Research. Göteborg: Göteborg Univ. Ph.D. Dissertation.
- Emmel, H. (1991): Beiräte ohne Basis? Ausländerbeiräte in Hamburg, in: Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit – VIA e.V. (Hrsg.): Gedanken, Thesen, Stellungnahmen, Pro und Contra zum Thema Ausländerbeiräte, Jahrgang 5, Nr. 2.
- Enders, K. (2005): 20 Jahre Ausländerbeirat, Ein Stück Siegener Migrationsgeschichte, in: Baringhorst, S./ Geißler, R./ Pfau, D. (Hrsg.): 20 Jahre Ausländerbeirat- 20 Jahre Freundschaftsfest, Aspekte der Migration und Integration im Raum Siegen, Siegen: Zentrale Vervielfältigung Uni Siegen, S. 19-34.
- Ergi, I. (1999): Lebenssituation und politische Beteiligung von Arbeitsemigrantinnen in der Bundesrepublik Deutschland, Möglichkeiten, Probleme und Formen, dargestellt am Beispiel von Türkinnen. Gießen: Kletsmeier.
- Even, H. (Hrsg.) (1985): Politische Beteiligung unerwünscht? Referate und Diskussionen der Tagung „Der Ausländerbeirat“ für Kommunalpolitiker im Regierungsbezirk Detmold in Bielefeld am 08. Dezember 1984, im Anhang: der derzeitige Stand der Einrichtungen von Ausländerbeiräten in den Kommunen des Regierungsbezirks Detmold, Arbeitsgruppe 'Kommunale Ausländerfragen'. Zentrum für Wissenschaft und Praxis. Bielefeld: Materialien der Zentrums für Wissenschaft und Praxis.
- Even, H./ Hoffmann, L. (1985): Heute Ausländer – morgen Deutsche? Die Zukunft der nichtdeutschen Minderheiten in unseren Gemeinden. Referate und Diskussion der Tagung für Kommunalpolitiker im Regierungsbezirk Detmold in Bielefeld am 9. November 1985. Bielefeld.: Veröffentlichungen des Zentrums für Wissenschaft und Praxis.
- Even, H./ Hoffmann, L. (1987): „es bringt ein bisschen Temperament in die ausländische Gesellschaft“, Untersuchung der ersten Direktwahlen zum Ausländerbeirat Bielefeld, Abschlußbericht des Projektes OZ 6641: Begleituntersuchung der Direktwahlen zum Ausländerbeirat in der Stadt Bielefeld, Arbeitsgruppe „Kommunale Ausländerfragen“. Bielefeld: Materialien des Zentrums für Wissenschaft und Praxis 21.
- Faist, T. (Hrsg.) (2000): Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei. Bielefeld: Transcript.
- Fijalkowski, J. (1997): Die Möglichkeiten der Partizipation und die Notwendigkeiten der Intervention. Ethnische Eigenorganisationen als Instrumente im Situationsprozess, in: Aman, R./ von Neumann-Cosel, B. (Hrsg.): Berlin, Eine Stadt im Zeichen der Migration. Darmstadt: o.V.
- Fijalkowski, J. (2004): Zur Funktion ethnischer Vereinigungen. Die Resonanz ethnischer Vereinigungen mit Integrations- oder Segregationszielen: Reflexionen zur Hypothesenbildung, in: Klein, A./ Kern, K./ Geißel, B./ Berger, M. (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193-210.
- Fijalkowski, J. (2001): Die ambivalente Funktion der Selbstorganisation ethnischer Minderheiten. Das Beispiel Berlin, in: Gesemann, F. (Hrsg.), Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, S. 163-182.

- Fijalkowski, J./ Gillmeister, H. (1997): Ausländervereine - ein Forschungsbericht über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft - am Beispiel Berlins. Berlin: Hitit.
- FOKUS (Forschungsgruppe Kommunikation und Sozialanalysen GmbH) (1994): Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen, Situationsanalyse und Perspektiven für die zukünftige Arbeit (Hrsg.): Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW. Düsseldorf: FOKUS. 147 S.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2000): Islamische Organisationen in Deutschland. Gesprächskreis Arbeit und Soziales. Bonn: FES.
- Gaitanides, S. (2003): Freiwilliges Engagement und Selbsthilfepotential von Familien ausländischer Herkunft und Migrantenorganisationen – Anforderungen an die Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, in: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Berlin/Bonn, S. 36-52.
- Gaitanides, S. (2003): Partizipation von Migranten/innen und ihren Selbstorganisationen, im Internet unter: <http://www.eundc.de/pdf/63004.pdf> (24.08.2009).
- Geiß, B. (2001): Die Ausländerbeauftragten der Bundesregierung in der Ausländerpolitischen Diskussion, in: Currlé, E./ Wunderlich, T. (Hrsg.): Deutschland- ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen. Stuttgart: Lucius und Lucius. S. 127-141.
- Geiss, S./ Gensicke, T. (2005): Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten. Vertiefung der Ergebnisse des zweiten Freiwilligensurvey, in: BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. München, S. 347-404.
- Gestring, N./ Janßen, A./ Polat, A. (2006): Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation. Wiesbaden. VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Glatzer, W./ Krätschmer-Hahn, R. (2004): Integration und Partizipation junger Ausländer vor dem Hintergrund ethnischer und kultureller Identifikation. Ergebnisse des Integrationssurveys des BiB. Wiesbaden: BiB.
- Goldberg, A./ Halm, D./ Sen, F. (2004): Die Deutschen Türken, Wissenschaftliche Schriftenreihe des Zentrums für Türkeistudien 7. Münster: LIT.
- Goldberg, A./ Sauer, M. (2001): Lebenssituation und Partizipation türkischer Migranten in Nordrhein-Westfalen, in: Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Ergebnisse der zweiten Mehrthemenbefragung. Münster: LIT.
- Greve, M./ Cinar, T. (1998): Das Türkische Berlin. Berlin: Die Ausländerbeauftragte des Senats.
- Groth, A. (1985): Kommunales Wahlrecht in Europa- Ein Überblick, in: Sen, F./ (Hrsg.): Wahlrecht für Ausländer Stand und Entwicklung in Europa, Nürnberg: Verlag Konstanze Freihold, S. 81-87.
- Grüll, S. M. (1993): Kommunalwahlrecht für Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Köln: Diss-Univ. Köln.
- Gün, I./ Dam, R. (1994): Außenseiter, die Geschichte des Zusammenlebens und kommunale Ausländerpolitik, Ausländerbeirat. Berlin: VWB- Verlag für Wiss. und Bildung.
- Habermas, J. (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Hadeed, A. (2001): Großes Potential. Selbstorganisationen in der Migration, in: *Betrifft Mehrheiten – Minderheiten*, 4/2001, im Internet unter: www.bmm.niedersachsen.de (abgerufen am 02.09.2009).
- Hadeed, A. (2005): *Selbstorganisation im Einwanderungsland: Partizipationspotenziale von Migranten-Selbstorganisationen in Niedersachsen*. Oldenburg: Bis, Bibliotheks- und Informationssystem der Univ. Oldenburg.
- Halm, D./ Thränhardt, D. (2009): Der transnationale Raum Deutschland- Türkei, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39-40/2009, S. 33-38.
- Halm, D./ Sauer, M. (2007): *Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Haug, R.-D. (1985): *Kommunales Wahlrecht für Ausländer – Illusion oder konkrete Utopie? Das Problem der politischen Umsetzung einer zeitgemäßen Forderung*, in: Sen, F./ Jahr, G. (Hrsg.): *Wahlrecht für Ausländer Stand und Entwicklung in Europa*. Nürnberg: Verlag Konstanze Freihold, S. 30-41.
- Haug, S./ Diehl, C. (Hrsg.) (2005): *Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Haug, T. (2003): *Politische Partizipation von Inländern ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland – Ein Beitrag zu Integration und Demokratisierung?*, im Internet unter: <http://www.emanzipart.de/Politische%20Partizipation%20von%20MigrantInnen.pdf> (abgerufen am 02.09.2009).
- Heckmann, F. (1997): *Nation und Integration von Migranten in Deutschland*, in: Körber Stiftung (Hrsg.): *Was ist ein Deutscher? Was ist ein Türke? Deutsch Türkisches Symposium 1997*, Hamburg 1998: Edition Körber Stiftung, S. 188.
- Heitmeyer, W./ Müller, J./ Schröder, H. (1997): *Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Henschel, T./ Schröder, F./ Wiggerink, G. (2009): *Wie weltoffen sind unsere Kommunen? Eine explorative Untersuchung der Internetauftritte der zehn größten Städte Deutschlands*, in: Kissau, K./ Hunger, U. (Hrsg.): *Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 327-338.
- Heß-Meining, U. (2000): *Politische Beteiligung von Migranten – Zur Situation in Deutschland*, in: Weidacher, A. (Hrsg.): *In Deutschland zu Hause, Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich, S. 31-49.
- Hoffman, L. (2002). *Reform oder Demokratieverlust. Der kürzeste Weg zur Integration -Partizipation. Dokumentation der LAGA-Tagung „Bilanz und Ausblick der kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrhein-Westfalen“*. LAGA (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in NRW). Düsseldorf: Selbstverlag, S. 49-58.
- Hoffmann, B./ Opperskalski, M./ Solmaz, E. (Hrsg.) (1981): *Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine. Türkische Faschisten in der Bundesrepublik*. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag.
- Hoffmann, L. (1986 a): *Beiräte – Wahlrecht – Bürgerrecht. Zur politischen Situation der nichtdeutschen Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main: Dageyeli.
- Hoffmann, L. (1986 b): *Die Ausländerbeiräte*, in: *Informationsdienst zur Ausländerarbeit*, Jahrgang 3, S. 31-38.
- Hoffmann, L. (1987): *Von der Beratung zur Interessenvertretung, Der Funktionswandel der Ausländerbeiräte und die Stellung ihrer Geschäftsführer*, in: *Informationsdienst zur Ausländerarbeit*, 1987, Jahrgang 3, Nr 4.

- Hoffmann, L. (1989): Partizipation auf kommunaler Ebene, Ausländerbeiräte auf dem Weg zu Volksgruppenvertretungen, in: Sieveking, K./ Barrwig, K./ Lörcher, K./ Schuhmacher, C. (Hrsg.): Das Kommunalwahlrecht für Ausländer. Baden-Baden: Nomos, S. 43-69.
- Hoffmann, L. (1992): Nicht die gleichen, sondern dieselben Rechte. Einwanderungspolitik und kollektive Identität in Deutschland, in: Blätter für Deutsche und internationale Politik, Jahrgang 9, S. 1090-1100.
- Hoffmann, L. (1997): Vom Gastarbeiterparlament zur Interessenvertretung ethnischer Minderheiten. Die Entwicklung der kommunalen Ausländerbeiräte im Kontext der bundesdeutschen Migrationsgeschichte. Wiesbaden und Osnabrück: Von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) und der Arbeitsgemeinschaft kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen (AG KANN).
- Hoffmann, L. (1998): Interessenvertretung durch Einfluss: Ausländerbeiräte - Zur Rolle der Ausländerbeiräte für die soziale und politische Partizipation. Bielefeld: Materialien der Zentrums für Wissenschaft und Berufliche Praxis.
- Hoffmann, L. (2002): Ausländerbeiräte in der Krise, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Politik, Jahrgang 2, S. 63-70.
- Hoffmann, L. / Even, H. (1985): Wahlrecht für Ausländer oder Ausländerbeiräte eine falsche Alternative, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit (Hrsg): Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt am Main Nr. 3/85.
- Hoffmann, L./ Even, H. (1985): Die gegängelte Selbstvertretung, Halbherzigkeit bei den Direktwahlen zum Ausländerbeirat, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Heft 3/85.
- Hoffmann, L./ Even, H. (1985): Wahlrecht für Ausländer oder Ausländerbeiräte eine falsche Alternative, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit (Hrsg.): Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Frankfurt am Main Nr. 3/85.
- Hunger, U. (2001): Party Competition and Inclusion of Immigrants in Germany, in: German Policy Studies, Nr. 3, S. 302-330.
- Hunger, U. (2002): Einwanderer als Bürger, Initiative und Engagement in Migrantenselbstorganisationen, Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft, Institut für Politikwiss., WWU Münster. Münster: Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor 21.
- Hunger, U. (2004): Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen? Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration des Bundesministeriums des Innern der Bundesrepublik Deutschland. Münster/Osnabrück.
- Hunger, U. (2006): Die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten und ihre Bedeutung für die „Integration“ - fünf Thesen, in: Migration und soziale Arbeit. (vormals: iza. Informationsdienst zur Ausländerarbeit), Jahrgang 28, Nr. 1, S. 8-15.
- Hunger, U. (2009): Indiens Brain Gain: Ein Modell für die Welt? Münster (unveröffentlichtes Manuskript).
- Huth, S. (2003): Freiwilliges Engagement und Selbstorganisationen von Migranten im Kontext wissenschaftlicher Diskussionen, in: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Berlin u. Bonn, S. 14-22.
- Huth, S. (2006): Bürgerschaftliches Engagement als Lernort und Weg zu sozialer Integration, in: Migration und Soziale Arbeit, Heft 3+4, S. 280-290.

- Huth, S: (2007): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten-Lernorte und Wege sozialer Integration, Frankfurt am Main: INBAS- Sozialforschung, im Internet unter: <http://www.inbassozialforschung.de/> (abgerufen am 25.09.2009).
- IFADE (Hrsg.) (2005): Insider- Outsider, Bilder, ethnisierte Räume und Partizipation im Migrationsprozess. Bielefeld: Transcript.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (Hrsg.) (2000): Partizipation und Migranten, in: iza - Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit. Heft 2, Frankfurt am Main.
- Integration durch Partizipation (2006): Dokumentation der Veranstaltung des Beratungsnetzwerks "Migrantenselbstorganisationen in NRW" im Rahmen der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft Pro Qualifizierung. Bielefeld.
- Janßen, A./ Polat A. (2006): Soziale Netzwerke türkischer Migrantinnen und Migranten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1-2/2006, S.11-17.
- Jonker, G. (1999): Religiosität und Partizipation der zweiten Generation – Frauen in Berliner Moscheen, in: Klein-Hessling, R./ Nökel, S./ Wener, K. (Hrsg.): Der neue Islam der Frauen. Weibliche Lebenspraxis in der globalisierten Moderne. Fallstudien aus Afrika, Asien und Europa. Bielefeld: Transcript, S. 106-123.
- Jungk, S. (2000): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten – Instanzen gelungener politischer Partizipation?, in: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, Heft 3+4/2000, Frankfurt am Main, im Internet unter: <http://www.lzz-nrw.de/docs/instanzen.pdf> (abgerufen am 04.04.2009).
- Jungk, S. (2001): Soziale Selbsthilfe und politische Interessenvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten – Politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf, in: Informationszentrum Sozialwissenschaften und Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Hrsg.): Migration und ethnische Minderheiten. Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst, Band 1/2001, S. 7-15.
- Jungk, S. (2002): Politische und soziale Partizipation von Migrantinnen und Migranten und ihren Selbstorganisationen – Möglichkeiten der Mitwirkung, Inanspruchnahme und Chancen in Deutschland, Im Internet unter: <http://navend.de/html/veranstaltungen/duesseldorf/jungk.htm> (abgerufen am 01.08.2007).
- Jung-Sook, Y. (2009): Migration und Interessenvertretung: Das Beispiel der koreanischen Migrantinnen und Migranten in Deutschland, im Internet unter: http://koreaverband.ahkorea.com/_file/publikationen/archive/2-97/2-97-art6.pdf (abgerufen am 12.09.2009).
- Kaase, M. (2003): Politische Beteiligung / Politische Partizipation, in: Andersen, U. und Woyke, W. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, Leske + Budrich, S. 495-500.
- Kabis, V. (2002): Auslaufmodell Ausländerbeirat? Politische Interessenvertretung zukunftsstauglich gestalten, in: Ausländer in Deutschland (aid), vierteljährlich erscheinender Informationsdienst zu aktuellen fragen der Ausländerarbeit, Jahrgang 18, Nr. 3, S. 4-5.
- Kabis, V. (2002): Wissen ist Macht, Migrantenorganisationen setzen auf Qualifizierung, in: Ausländer in Deutschland 3/2002, S. 6.
- Karakasoglu-Aydin, Y. (1996): Zwischen Türkeiorientierung und migrationspolitischen Engagement: Neuere Entwicklungen bei türkisch-islamischen Dachverbänden in Deutschland, in: Zeitschrift für Türkeistudien, Nr. 4, S. 267-282.
- Kasdanastassi, E. (2001): Politische und soziale Partizipation sowie Partizipationsressourcen im Integrationsprozess, Auswirkungen des Kommunalwahlrechts auf das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft, in: Assimenios,

- S./ Shajanin, Y. (Hrsg.): Politische Beteiligung in der Migration: Herausforderung, Einbürgerung, politische Rechte, Interessenvertretung. Bonn: Avlos, S. 37-60.
- Keltek, T. (2002). Kommunale Migrantenvertretungen in NRW: Bilanz und Ausblick. Der kürzeste Weg zur Integration - Partizipation. Dokumentation der LAGA-Tagung „Bilanz und Ausblick der kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrhein-Westfalen“. LAGA. Düsseldorf: Selbstverlag, S. 7-13.
- Keltek, T. (2006). Entwicklung der kommunalen Migrantenvertretungen, in: Migration und Soziale Arbeit (1), S.15-21.
- Kersting, N. (Hrsg.) (1997): Beiräte in der Kommunalpolitik. Marburger Meinungsbilder. Marburg, im Internet unter: <http://www.staff.uni-marburg.de/~kersting/mrlokpol/repausl2.htm> (abgerufen am 12.07.2009).
- Keskin, H. (2005): Deutschland als neue Heimat. eine Bilanz der Integrationspolitik. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Keskin, H./ Küster, H. (Hrsg.) (1984): Menschen ohne Rechte? Einwanderungspolitik und Kommunalwahlrecht in Europa, Analysen, Erfahrungen und Materialien; Bundesrepublik Deutschland-Schweden-Dänemark-Niederlande-Frankreich. Im Auftrag des Studienschwerpunkts „Sozialpädagog. Arbeit mit Ausländer“ am Fachbereich Sozialpädagogik d. Fachhochschule Hamburg: Express Ed. Berlin.
- Kevenhörster, P. (1976): Ausländische Arbeitnehmer im politischen System der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kilicgedik, M. (2001): Bielefeld: Politische Partizipation fängt auf kommunaler Ebene an, in: Büttner, C./ Meyer, B. (Hrsg.): Integration durch Partizipation - "ausländische Mitbürger" in demokratischen Gesellschaften. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 61-68.
- Kissau, K./ Hunger, U. (Hrsg.) (2009a): Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kissau, K./ Hunger, U. (2009b): Political Online Participation of Migrants in Germany, in: German Policy Studies 4/2008, S. 5-31.
- Kissau, K./ Hunger, U. (2009c): The Internet as a Means of Studying Transnationalism and Diaspora? in: Bauböck, R./ Faist, T./ Romanos, E. (Hrsg.): Diaspora and Transnationalism. Concepts, Theories and Methods. Amsterdam: IMISCOE-Amsterdam University Press.
- Kissau, K./ Hunger, U. (Hrsg.) (2009d): Politics 2.0, Political Potential of the Internet, Sonderausgabe der German Policy Studies 4/2008, im Internet unter: <http://www.spaef.com/article.php?id=991> (abgerufen am 02.10.2009).
- Kissau K. / Hunger, U. (2009 e): Politische Sphären von Migranten im Internet. Neue Chancen im ‚Long Tail‘ der Politik. München: Nomos.
- Klein, A. (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Kley, S. (2004): Migration und Sozialstruktur. EU-Bürger, Drittstaater und Eingebürgerte in Deutschland. Berlin: Logos.
- Klinger, T. (2001): Politische und gesellschaftliche Partizipation von Eingebürgerten in Hamburg, in: Hamburg in Zahlen IV, S. 132 - 135.
- Kolat, K. (2003): Rolle der Migrantenorganisationen - Abschottung und Segregation oder Brücke für Eingliederung und Partizipation, in: Praxis Politische Bildung. Materialien – Analysen – Diskussionen. Thema: Zu- und Einwanderung. Nr. 2, S. 100-106.

- Konstantinidis, G. (1994): Bilanz einer Basisinitiative. Der Ausländerbeirat Bornheim/ Ostend (1989-1992), in: Jahrbuch. Pädagogik: dritte Welt, 1991-92 (ersch. 94), S. 223-236.
- Koopmans, R. (2004): Migrant Mobilisation and Political Opportunities: Variation among German cities and a Comparison with the United Kingdom and the Netherlands, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Jahrgang 30, Nr. 3, S. 449-470.
- Koopmans, R./ Duyvene de Wit, T. (2001): Die politisch-kulturelle Integration ethnischer Minderheiten in den Niederlanden und in Deutschland, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jahrgang 14, Nr. 1, S. 26-41.
- Koopmans, R./ Statham, P. (2003): How National Citizenship Shapes Transnationalism: Migrant and Minority Claim-making in Germany, Great Britain and the Netherlands, in: Joppke, C./ Morawska, E. (Hrsg.): Toward Assimilation and Citizenship: Immigrants in Liberal Nation-States, Basingstoke and New York: Palgrave Macmillan, S. 195-238.
- Küçüküseyin, S. (2002): Türkische politische Organisationen in Deutschland. Konrad-Adenauer Stiftung, im Internet unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.855/> (abgerufen am 10.08.2009).
- Kultur und Sport (Hrsg.) (1999): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Düsseldorf, S. 1-73.
- Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) (1998): Politische Partizipation durch Ausländerbeiräte in NRW, Ergebnisse der LAGA-Untersuchung 1997/98. Düsseldorf: Selbstverlag.
- Landesausländerbeirat Hessen (Hrsg.) (2002): Diskussionspapier zum Verlauf und zu den Ergebnissen der Ausländerbeiratswahlen am 04. November 2001 in Hessen, Wiesbaden: Landesausländerbeirat Hessen.
- Lehmann, K. (2001): Vereine als Medium der Integration, zu Entwicklung und Strukturwandel von Migrantenvereinen. Berlin: Hitit.
- Leinberger, K. (2006): Migrantenselbstorganisationen und ihre Rolle als politische Interessenvertreter am Beispiel zweier Dachverbände in der Region Berlin-Brandenburg. Münster: Lit.
- Lemmen, T. (1998): Türkisch-islamische Organisationen in Deutschland. Eine Handreichung Altenberge: Verlag für Christlich-Islamisches Schrifttum.
- Lemmen, T. (1999): Muslimische Spitzenorganisationen in Deutschland: Der Islamrat und der Zentralrat. Altenberge: Verlag für Christlich-Islamisches Schrifttum.
- Leutheuser-Schnarrenberger, S. (2001): Zwischen Einbürgerung und politischer Partizipation „ausländischer Mitbürger“- Welchen Spielraum gewährt der demokratische Rechtsstaat in Deutschland, in: Büttner, C./ Meyer, B. (Hrsg.): Integration durch Partizipation - "ausländische Mitbürger" in demokratischen Gesellschaften. Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 31-43.
- Lubinski, V. (1994): Ausländerintegration in der Sackgasse? Beobachtungen der Ausländerbeiräte von Dortmund und Duisburg im funktionalen Vergleich. Bochum: Brockmeyer.
- Mannitz, S. (2006): Die verkannte Integration. Eine Langzeitstudie unter Heranwachsenden aus Immigrantenfamilien. Bielefeld: Transcript.
- Martini, C. (2001): Italienische Migranten in Deutschland. Transnationale Diskurse. Berlin: Dietrich Reimer Verlag.
- Meng, F. (2004): Islam(ist)ische Orientierungen und gesellschaftliche Integration in der zweiten Migrantengeneration. Eine Transparenzstudie. Bremer Beiträge zur politischen Bildung, 1. Bremen: Univ.-Buchh.

- Meyer, B. (2001): Die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern braucht politische Partizipation- Eine Einführung, in: Büttner, C./ Meyer, B. (Hrsg.): Integration durch Partizipation - "ausländische Mitbürger" in demokratischen Gesellschaften. Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 9-30
- Mies-van Engelshoven, B. (2001): Partizipation und Chancengleichheit von jugendlichen Aussiedlerinnen und Aussiedlern in Deutschland. Integrationshilfen der Jugendsozialarbeit, in: IZA- Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit 2, S. 20-27.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (1999): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW- Wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (1994): Ausländerbeiräte in Nordrhein Westfalen: Situationsanalyse und Perspektiven für ihre zukunftsfähige Arbeit. Düsseldorf.
- Müller, U. (2007): Migration und Lokalpolitik, Ethnographie eines Ausländerrates, Berlin: Lit.
- Niedermeyer-Krauß, S. (1985): Kommunalwahlrecht für Ausländer und Erleichterung der Einbürgerung, Integrationsmöglichkeiten für Ausländer aus Verfassungs- und europarechtlicher Sicht. Frankfurt a.M.: Lang.
- Obbebecke, J. (2002). Rechtliche und praktische Alternativen zum Ausländerbeirat. Der kürzeste Weg zur Integration - Partizipation. Dokumentation der LAGA-Tagung „Bilanz und Ausblick der kommunalen Migrantenvvertretungen in Nordrhein-Westfalen“. LAGA. Düsseldorf: Selbstverlag, S. 17-23.
- Öner, Ö. (1994): Politische Bildung im Kontext der Ausländerbeiräte als eine Voraussetzung ihrer politischen Partizipation. Gemeinsam. Ausländer und Deutsche in Schule, in: Nachbarschaft und Arbeitswelt 28, S. 41-46.
- Ostergaard-Nielsen, E. (1998): Diaspora politics: the case of immigrants and refugees from Turkey residing in Germany since 1980. Oxford: Thesis Oxford University.
- Ostergaard-Nielsen, E. (2000 a): Trans-state loyalties and politics of Turks and Kurds in Western Europe, in: SAIS Review, Jahrgang 20, Nr.1, S. 23-38.
- Ostergaard-Nielsen, E. (2000b): Diaspora-Politics of Immigrants and Refugees from Turkey residing in Germany, The Netherlands, UK and Denmark. Research Briefing No. 5. Transnational Communities. ESRC Research Programme.
- Ostergaard-Nielsen, E. (2001): Transnational political practices and the receiving state: Turks and Kurds in Germany and the Netherlands, Global Networks, Jahrgang 1, Nr. 3, S. 261-82.
- Ostergaard-Nielsen, E. (2002): Working for a solution through Europe. Kurdish political lobbying in Germany, in: Al-Ali, N./ Koser K.(Hrsg.): New Approaches to Migration? Transnational communities and the transformation of home. London/ New York: Routledge, S. 186 – 202.
- Ostergaard-Nielsen, E. (2003a): Transnational Politics: Turks and Kurds in Germany: The Case of Turks and Kurds in Germany. London: Routledge.
- Ostergaard-Nielsen, E. (2003b). The Politics of Migrants Transnational Political Practices, in: International Migration Review, Jahrgang 37, S. 760 - 787.
- Ostergaard-Nielsen, E. (2005): Germany's changing citizenship policies and perceptions of migrants and diasporas. Im Internet unter: http://www.grupcies.com/Html/boletin/-docs/articulo_25_5.pdf (abgerufen am 13.07.2006).
- Otero, J. S. (1998): Die politische Partizipation der Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik Deutschland. Bisherige Ansätze und der Versuch einer migrationstheoretischen und -politischen Würdigung, in: Uske, H./ Völlings,

- H./ Zimmer, J./ Stracke, C. (Hrsg.): „Soziologie als Krisenwissenschaft“, Festschrift zum 65. Geburtstag von Dankwart Danckwerts, Münster: LIT, S. 57-73.
- Ottersbach, M. (2003): Die Situation der politischen Partizipation von Migrant(inn)en in NRW, Bericht zur ersten Phase der Evaluation des Ausschusses für Zuwanderer und Integrationsangelegenheiten in Solingen, des Beirats für Zuwanderung und Integration in Duisburg und des Ausländerbeirats der Stadt Bonn; die Praxis in Bonn, Duisburg und Solingen, Durchführung und Berichterstattung. Düsseldorf: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Ottersbach, M. (2005): Ausländerbeiräte in der Krise?, in: Integration in Deutschland, Heft 2005, S. 14.
- Özcan, E. (1992): Türkische Immigrantensorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung politischer Organisationen und politischer Orientierung unter türkischen Arbeitsimmigranten in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West. Berlin: Hitit.
- Pallares, L./ Zitzelsberger, O. (2006 a): Selbstorganisationen von Migrantinnen - ihre Bedeutung für die Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft, in: Thema Forschung. Fokus Geschlecht: Universität Darmstadt.
- Pallares, P./ Zitzelsberger, O. (unter Mitarbeit von Öksüz, M./ Hradská, I.) (2006 b): Selbstorganisationen von Migrantinnen – ihre Bedeutung für die Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft. Abschlussbericht für das Ministerium Wissenschaft und Kunst, Förderprogramm: Fokus Geschlechterdifferenzen, im Internet unter: http://www.pl.abpaed.tudarmstadt.de/media/arbeitsbereich_allgemeine_paedagogik_und_erwachsenenbildung/mso.pdf (abgerufen am 25.09.2009).
- Plackert, M. (2004): Der praktische Fall: der unerwünschte Ausländerbeirat, in: Verwaltungsrundschau (VR) – Zeitschrift für Verwaltung in Praxis und Wissenschaft, Jahrgang 50, Nr. 12, S. 424-427.
- Plümper, T. (Hrsg.) (2003): Politische Integration. Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Potter, L./ Wong, C. (2007): Transnationalism and Immigrant Civic Engagement in London, Madrid and Berlin, in: Conference Papers – Midwestern Political Science Association 2007 Annual Meeting, S. 1-25.
- Pries, L. (2005): Transnationalismus, Migration und Inkorporation. Herausforderungen an Raum- und Sozialwissenschaften, in: Geographische Revue 5.2., S. 23–39.
- Projekt Komm-in (02.2008): Migrantenselbstorganisationen im Kreis Düren. Düren, Im Internet unter: http://www.institut-fsi.de/bilder/mso_broschuere.pdf (abgerufen am 10.09.2009).
- Reißlandt, C. (2003): Integrationslotsen oder Identitätswächter? Migrantensorganisationen im Integrationsprozess. Bericht über die Tagung „Integrationslotsen oder Identitätswächter? Migrantensorganisationen im Integrationsprozess“ vom 06. und 07. Oktober 2003.
- Reißlandt, C. (2007): Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, Migration und Integration in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, im Internet unter: http://www.bpb.de/themen/H9O99X,0,0,Politische_Partizipation_von_Migrantinnen_und_Migranten.html (abgerufen am 17.04.2009), S. 9-30.
- Rieple, B. (2000): Transstaatliche Wirtschaftsräume zwischen Deutschland und der Türkei, in: Faist, T. (Hrsg.): Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei, Bielefeld: Transcript, S. 87-111.

- Riesgo, V. (1998): Überlegungen über Möglichkeiten und Modelle politischer und institutioneller Partizipation für Migranten. Ein europäischer Vergleich und eine kritische Reflexion, in: Landeszentrale für politische Bildung NRW (Hrsg.): 6. Bocholter Forum für Migrationsfragen, Probleme und Perspektiven politischer Partizipation von Migranten in Deutschland, Düsseldorf, S. 25-29.
- Riesgo, V. (1999): Selbsthilfepotentiale nutzen und Migrantenvereine fördern: Das Beispiel der Spanier in Deutschland, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Integration und Integrationsförderung in der Einwanderungsgesellschaft, Bonn: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik (Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 91), S. 123-132.
- Rittstieg, H. (1981): Wahlrecht für Ausländer – Verfassungsfragen der Teilnahme von Ausländern an den Wahlen in der Wohngemeinde, Königstein/ Ts.: Athenäum.
- Roderich, K. (2009) Wahlrecht für EU-Bürger: Folgen und Perspektiven für die Migranten in den Kommunen, in: Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e.V. (BAGIV), Reihe Partizipation: Aspekte politischer Partizipation von Migranten in Deutschland, im Internet unter: <http://www.bagiv.de/broschuere-aspekte.html> (abgerufen am 17.04.2009).
- Roller, R. (1996): Kommunalwahlrecht für Unionsbürger im Wohnsitzmitgliedstaat, Tübingen: Diss. Uni-Tübingen.
- Rütten, A. (1994): Die Bedeutung der kommunalen Ausländerbeiräte aus der Sicht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, in: AGA NRW (Hrsg.): Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen. Eine Arbeitshilfe für die Praxis. Köln.
- Safer, C. (1997): Politische Partizipation für wen? Zur bürgerrechtlichen Situation der ethnischen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland. in: Brech, J./ Vanhué L. (Hrsg.) Migration, Stadt im Wandel. Darmstadt: o.V.
- Santel, B. (2002): Außen vor? Zur politischen Partizipation von Zuwanderern in Deutschland, in: Krüger-Potratz, M./ Reich, H./ Santel, B. (Hrsg.): Integration und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft. Göttingen: V&R unipress, S. 11-25.
- Sasse, C. (1974): Kommunalwahlrecht für Ausländer, staatsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen. Bonn: Europa-Union-Verlag.
- Schiffauer, W. (2002): Staat – Schule – Ethnizität. Politische Sozialisation von Immigrantenkindern in vier europäischen Ländern. Münster: Waxmann. Interkulturelle Bildungsforschung 10.
- Schlumm, H. B. (1984): Die griechischen Gemeinden: Organisationsform einer Minderheit in Deutschland, in: Thränhardt, D. (Hrsg.): Ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden. Eine vergleichende Bestandsaufnahme. Bocholt: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 186-201.
- Schmid-Eckardt, M. (1983): Politische Partizipation von Ausländern im kommunalen Bereich, Ausländerbeiräte im Ruhrgebiet, Wissenschaftliche Beteiligung der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung Ausländischer Kinder und Jugendlicher. Essen: Wiss. Begleitung der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung Ausländischer Kinder und Jugendlicher.
- Schmid-Eckardt, M. (1985): Politische Partizipation von Ausländern, Problem: Ausländerbeiräte. Weinheim: o.V.
- Schmidt, H. (2004): Die Selbstorganisationen von Migranten und ihre Relevanz für die Integration, Universität Mainz, im Internet unter: <http://www.base-search-net/index.php?q=migrantenselbstorganisationen> (abgerufen am 15.05.2009).

- Schmidt, S. (2000): *Kurdisch-Sein, mit deutschem Pass! Formale Integration, kulturelle Identität und lebensweltliche Bezüge von Jugendlichen kurdischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen. Eine quantitative Studie.* Bonn: NAVEND, Zentrum für kurdische Studien e.V.
- Schmollinger, H. (1995): Die Beteiligung von Unionsbürgern bei den Berliner Kommunalwahlen 1995, in: *Frankfurter Statistische Berichte* 4, S. 243-247.
- Schulte, A. (2000): Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft als Herausforderung der Demokratie, in: *IZA. Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit*, 2/2000, S. 16-31.
- Schulte, A. (2009): Politikkonzepte für eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft, in: *WISO Diskurs* (September 2009), Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschaft- und Sozialpolitik, Tagungsdokumentation des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 17-44.
- Schunda, R. (2003): *Das Wahlrecht von Unionsbürgern bei Kommunalwahlen in Deutschland.* Frankfurt a.M.: Lang.
- Seidel-Pielen, E. (1993): Politik auf der Straße, Türkische Jugendliche zwischen Ohnmacht und Militanz, in: Leggewie, C/ Senocak, Z. (Hrsg.): *Deutsche Türken, Das Ende der Geduld/ Türk Almanlar, Sabrin sonu.* Reibek bei Hamburg: Rowohlt, S: 37-48.
- Sen, F./ Hayrettin, A. (1999): Bestandsaufnahme der Potenziale und Strukturen von Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten türkischer, kurdischer, bosnischer und maghrebinischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen, in: *Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport* (Hrsg.): *Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme.* Düsseldorf. S. 75-127.
- Sen, F./ Jahn, G. (1985): Ausländische Selbstorganisationen als Mittler im politischen Entscheidungsprozess in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ders. (Hrsg.): *Wahlrecht für Ausländer Stand und Entwicklung in Europa*, Nürnberg: Verlag Konstanze Freihold, S. 56-73.
- Sen, F./ Karakasoglu, Y. (1996): Ausländer und politische Partizipation, Einstellungen zum kommunalen Wahlrecht, zu Parteien und zur doppelten Staatsangehörigkeit, in: *ZfT-Aktuell* 30. Essen: ZfT.
- Sentürk, S. (2006): *Grenzüberschreitende Kollektivfeindschaften: Ursachen und Auswirkungen des griechisch-türkischen Konfliktes auf Migranten in Deutschland.* Frankfurt: Diss. Universität Frankfurt.
- Sezer, A./ Thränhardt, D. (1983): Türkische Organisationen in der BRD, in: Meier-Braun, K. H./ Pazarkaya, Y. (Hrsg.): *Die Türken.* Frankfurt am Main, S. 143-153.
- Sezgin, Z. (2009): Grenzüberschreitende Migrantenorganisationen – Herausforderungen und Chancen im 21. Jahrhundert, in: *BBE-Newsletter*, Nr. 7/2009.
- Siebert, J. (2002): Migrantenselbstorganisationen als ein wichtiger Integrationsfaktor: der Arbeitskreis "Selbständige Migranten in NRW", in: *Zeitschrift für Türkeistudien (ZFTS)*, Jahrgang 15, Nr. 1-2, S. 255-265.
- Sieveling, K. (Hrsg.) (1989): *Das Kommunalwahlrecht für Ausländer*, Baden-Baden: Nomos.
- Sievering, U. O./ Dzink, K. (Hrsg.) (1981): *Integration ohne Partizipation?, Ausländerwahlrecht in der Bundesrepublik Deutschland zwischen (verfassungs-) rechtlicher Möglichkeit und politischer Notwendigkeit.* Frankfurt am Main: Haag+Herrchen.
- Simsek, C. M. (2001): Die Rolle der Selbstorganisationen bei der aktiven Integrationspolitik, in: Assimenios, S./ Shajanian, Y. (Hrsg.): *Politische Beteiligung in*

- der Migration: Herausforderung, Einbürgerung, politische Rechte, Interessenvertretung. Bonn: Avlos, S. 10-13.
- Smith, R. (2004): Actual and Possible Uses of Cyberspace by and Among States, Diasporas and Migrants. Paper für die Tagung "Virtual Diasporas and Global Problem Solving Project." Nautilus Institute, Berkeley, CA.
- Sökefeld, M. (2008): Aleviten in Deutschland, Identitätsprozesse einer Religionsgemeinschaft in der Diaspora. Bielefeld: Transcript.
- Sopart, D. (2000): Polnische Selbstorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Thränhardt, D./ Hunger, U. (Hg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Münster: Lit, S. 175-218.
- Steller, S./ Wilka H.-P. (2008): Aktive Vereine: Handbuch für Migranten-Organisationen als Partner für Integration und Beschäftigung. Erfahrungen und Ergebnisse einer Qualifizierungsreihe für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren von Migranten-Organisationen. Andernach: Rudolf Künster, Druckerei + Verlag.
- Storz, H./ Wilmes, B. (2005): Das Staatsangehörigkeitsrecht und politische Partizipationsmöglichkeiten von Migranten, im Internet unter: <http://www.-bpb.de/themen/052MNX.html> (abgerufen am 30.07.2007).
- Storz, H./ Wilmes, B. (2009): Politische Partizipation in der Kommune, in: Bundeszentrale für Politische Bildung, im Internet unter: www.bpb.de/themen/NQ61-IF.html (abgerufen am 14.08.2009).
- Tanriverdi, M. (2007): Die Brückenbauer der Integration stärken. Konzeptionelle Impulse zur Entwicklung eines Leadership-Programms für junge Führungskräfte aus Migrantenorganisationen. Bertelsmann-Stiftung, im Internet unter: <http://www.bagiv.de/die-brueckenbauer-der-integration-staerken.pdf> (abgerufen am 25.08.2009).
- Thränhardt, D. (1981): Das Eigeninteresse der Deutschen am Wahlrecht für Ausländer, in: Ulrich O. Sievering (Hrsg.): Integration ohne Partizipation? Ausländerwahlrecht in der Bundesrepublik Deutschland zwischen (verfassungs-) rechtlicher Möglichkeit und politischer Notwendigkeit. Frankfurt am Main: Arnoldshainer Texte, S. 61-95.
- Thränhardt, D. (1985): Die verfassungsrechtliche Notwendigkeit des kommunalen Wahlrechts für Ausländer in der Bundesrepublik, in: Sen, F./ Jahr, G. (Hrsg.): Wahlrecht für Ausländer. Stand und Entwicklung in Europa. Nürnberg: Verlag Konstanze Freihold, S. 13-29.
- Thränhardt, D. (1998): Einwanderung und Einbürgerung in Deutschland. Studien zu Migration und Minderheiten; 6. Münster: Lit.
- Thränhardt, D. (2008): Einbürgerung. Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. Bonn, im Internet unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05236.pdf> (abgerufen am 12.7.2009), 51.S.
- Thränhardt, D./ Dierigsweiler, R. (1999): Bestandsaufnahme der Potentiale und Strukturen von Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten mit Ausnahme der Selbstorganisationen türkischer, bosnischer und maghrebinischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen, in: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (Hrsg.): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Düsseldorf, S. 1-73.
- Thränhardt, D./ Hunger, U. (Hrsg.) (2000): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel. Münster: Lit.
- Thränhardt, D./ von Loeffelholz, H.- D. (1996): Kosten der Nichtintegration ausländischer Zuwanderer. Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirt-

- schaftsforschung (RWI) und des Instituts für Politikwissenschaften der RWI: Fiskalische Kosten der Zuwanderer 53 Universität Münster im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Tietze, K. (2008): Einwanderung und die deutschen Parteien, Akzeptanz und Abwehr von Migranten im Widerstreit in der Programmatik von SPD, FDP, den Grünen und CDU/CSU. Berlin: Lit.
- Trautner, B. (2000): Türkische Muslime, islamische Organisationen und religiöse Institutionen als soziale Träger des transstaatlichen Raumes Deutschland-Türkei, in: Faist, T. (Hrsg.): Transstaatliche Räume: Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei. Bielefeld: Transcript, S. 57-86.
- Unbehaun, H. (1997): „Ethnic Leaders“ in lokalen Organisationen türkischer Migranten – Katalysatoren der Entwicklung einer Kolonie, in: Waldhoff, H.-P./ Tan, D./ Kürsat-Ahlers, E. (Hrsg.): Brücken zwischen Zivilisationen. Zur Zivilisierung ethnisch-kultureller Differenzen und Machtungleichheiten. Das deutsch-türkische Beispiel. Frankfurt am Main, S. 197-212.
- Urban, J. (1997): Politische Einstellungen und Partizipationsverhalten von Immigranten in der Bundesrepublik Deutschland. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitspapiere des ZEW.
- Vermeulen, F. (2006): The Immigrant Organising Process. Turkish Organisations in Amsterdam and Berlin and Surinamese Organisations in Amsterdam 1960-2000. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Vorländer, H. (2002): Integration durch Verfassung. Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Wagner, M. (2000): Der Ausländerbeirat. Frankfurt am Main: Lang.
- Weidacher, A. (Hrsg.) (2000): In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Weigl, M. (1992): Verfassungsrechtliche Aspekte eines Wahlrechts für Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Kommunalwahlrechts. München: VVF.
- Wichmann, B. (1989): Demokratisch gewählte Ausländerbeiräte, Untersuchungen am Beispiel Göttingen und Kassel. Felsberg: Migro.
- Wiedemann, C. (2006): Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen, in: Hoecker, B. (Hrsg.) (2006): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest: eine studienorientierte Einführung. Opladen: Leske + Budrich, S. 261-286.
- Winkel, J. (2007): Ausländerbeiräte: Erfahrungsberichte, Reformbedarf?, in: SGK – Sozialdemokratische Gemeinschaft der Kommunalpolitiker, Dortmund (Hrsg.): Zusammen in Deutschland, Kommunale Beteiligungsmöglichkeiten für Ausländerinnen und Ausländer. Dokumentation der gleichnamigen Veranstaltung am 27. Juni 1997 im Kongreßzentrum Westfalenhallen in Dortmund.
- Wunderlich, T. (2005): Die neuen Deutschen, subjektive Dimensionen des Einbürgerungsprozesses. Stuttgart: Lucius und Lucius.
- Wüst, A. (2000): Research Report: New Citizens – New Voters? Political Preferences and Voting Intentions of Naturalized Germans, in: IMR, Jahrgang 34, Nr. 2, S. 560-567.
- Wüst, A. (2002): Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- Wüst, A. (2003a): Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 52/2003, im Internet unter: <http://www.bpb.de>

- /publikationen/IPVMZV,0,Das_Wahlverhalten_eingeb%FCrgerter_Personen_in_Deutschland.html (abgerufen am 17.04.2009).
- Wüst, A. (2003b): Eingebürgerte als Wähler, in: Wiener Hefte 1, S. 113 – 126.
- Wüst, A. (2003c): Naturalised Citizens as Voters: Behaviour and Impact, in: German Politics 13 3, S. 341-359.
- Wüst, A. (2006): Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: Der Bürger im Staat, Heft 4, im Internet unter: http://www.buergerimstaat.de/4_06/-wahl.htm (abgerufen am 01.10.2008), S. 228-234.
- Wüst, A. (2007): Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: Frech, S./ Meier-Braun, K.-H. (Hrsg.): Die offene Gesellschaft. Zuwanderung und Integration. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 145-173
- Wüst, A./ Dominic, H (2009): Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland, in: Linden, M./ Thaa, W. (Hrsg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden: Nomos, S. 201-218.
- Zapf, K. (1978): Beteiligung von Ausländern an kommunalen Entscheidungsprozessen?, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, Jahrgang. 17, Nr. 2, S. 193-212.
- Zimmer, A. (1996): Vereine – Basiselemente der Demokratie. Opladen: Leske + Budrich.

Hinweise zu den Autoren

Dr. Uwe Hunger ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Sprecher des Arbeitskreises „Migrationspolitik“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). Er ist Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zum Thema Migration und Integration in Deutschland und im internationalen Vergleich, u.a. Politische Sphären von Migranten im Internet. Baden-Baden: NOMOS 2009 (mit Kathrin Kissau), Politische Steuerung von Integrationsprozessen – Intentionen und Wirkungen. Wiesbaden: VS-Verlag 2006 (Hg. mit S. Baringhorst und K. Schönwälder), Migration im Spannungsfeld von Nationalstaat und Globalisierung. Leviathan-Sonderheft 22/2003, Opladen: Westdeutscher Verlag 2003 (Hg. mit D. Thränhardt). Leiter verschiedener Forschungsprojekte zum Thema Migration, u.a. "Politisches Potential des Internet. Die 'virtuelle Diaspora' von Migranten aus Russland und der Türkei in Deutschland", gefördert von der Fritz Thyssen Stiftung 2007-08, "PEMINT - The Political Economy of Migration in an Integrating Europe" (mit Prof. Dr. Michael Bommers, Universität Osnabrück), gefördert von der EU-Kommission 2001-2004, "Einwandererkulturen, Netzwerke und ihre Integrationsqualität. Eine komparative Analyse im Vergleich der Zuwanderungsnationalitäten und Bundesländer" (Projektleitung mit Prof. Dr. Dietrich Thränhardt, Universität Münster), gefördert von der Volkswagen-Stiftung 1999-2001. Gutachtertätigkeit u.a. für den Deutschen Bundestag (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Jahresgutachten 2004), Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Landeszuwanderungsbericht 2003), Friedrich-Ebert-Stiftung und Bertelsmann Stiftung. Forschungsaufenthalte u.a. an der University of California Los Angeles (UCLA), dem Center for Comparative Immigration Studies (CCIS) an der University of California, San Diego (USA) und der International Christian University (ICU) Tokio.

Menderes Candan M.A. ist Doktorand und wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Er studierte Politikwissenschaft, Geographie sowie Neuere und Neueste Geschichte an der WWU Münster und dem Hastings College in den USA. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Diaspora- und Internetforschung sowie die Außen- und Sicherheitspolitik. In seiner Magisterarbeit „Digitaldiaspora – Nationenbildung im Internet“ beschäftigte er sich mit der politischen Partizipation der in Deutschland lebenden Migranten im Internet. In seiner Dissertation beschäftigt er sich mit dem Einfluss von Diasporaorganisationen auf die Außenpolitik ihrer Aufnahmeländer (Fallbeispiel: irakische Diasporaorganisationen in den USA und in Deutschland). Herr Candan arbeitete als Projektmitarbeiter am Forschungsprojekt "Politisches Potential des Internet. Die 'virtuelle Diaspora' von Migranten aus Russland und der Türkei in Deutschland", gefördert von der Fritz Thyssen Stiftung. Er ist u.a. Autor des Aufsatzes „Nation Building Online: A Case Study of Kurdish Migrants in Germany, In: German Policy Studies 4/2008 (mit U. Hunger).